



Schulwahl

In Kürze soll es für alle Eltern möglich sein: In einem Probelauf konnten sich in 15 Kommunen die Erziehungsberechtigten schon frei für eine Grundschule entscheiden. Die Landesregierung sagt: Experiment geglückt.

S. 5

Schuldsuche

Wer hat wann was gewusst? Wie in einem Krimi geht es im Plenum und in den Ausschüssen um die Frage: Wie konnte es geschehen, dass Millionen Fördergelder im Gelsenkirchener Inkubator verschwanden?

S. 7

Stellenabbau

Das Land will im öffentlichen Dienst rund 12.000 Stellen abbauen. Wie das bewerkstelligen? Die Regierung will das über ein „Personaleinsatzmanagement“ erreichen. Anhörung dazu im Haushalts- und Finanzausschuss.

S. 12

Seniorenangebote

Der Anteil älterer Menschen steigt. Mit den Folgen hat sich der Kulturausschuss in der Anhörung „Kultur und Alter“ auseinandergesetzt. Dabei kam heraus: Es gibt inzwischen viele Angebote für ältere Mitbürger.

S. 17

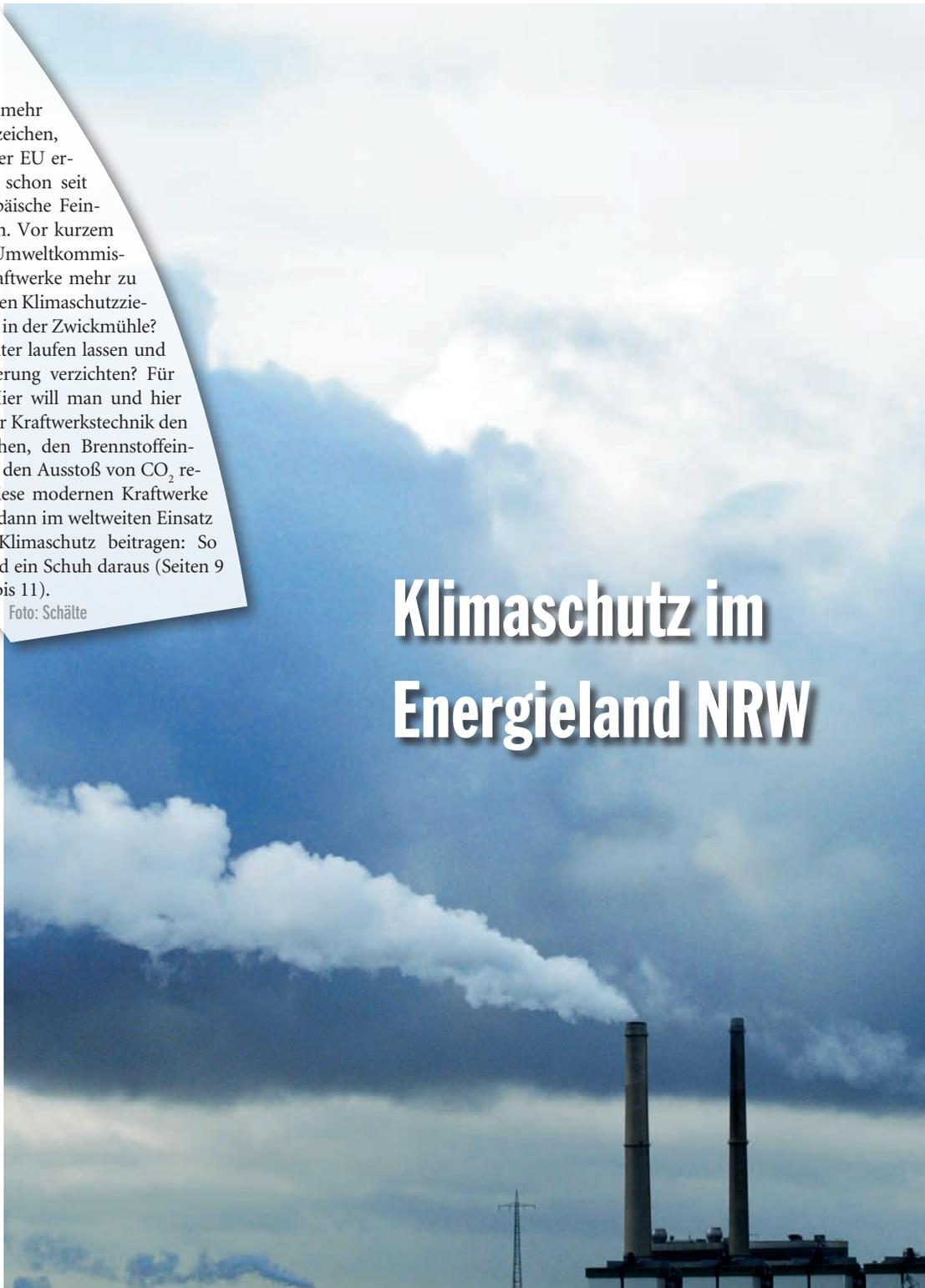
Es sind mehr als Rauchzeichen, die NRW von der EU erreichen. Da gilt es schon seit einiger Zeit, die europäische Feinstaubrichtlinie umzusetzen. Vor kurzem meldete sich der zuständige Umweltkommissar mit dem Rat, keine Kohlekraftwerke mehr zu bauen, wenn das Land die vereinbarten Klimaschutzziele erreichen will. Das Energieland NRW in der Zwickmühle? Was muss es tun, die alten Kraftwerke weiter laufen lassen und auf die unumgängliche Modernisierung verzichten? Für NRW ist das kein Ausweg. Hier will man und hier kann man mit modernster Kraftwerkstechnik den Wirkungsgrad erhöhen, den Brennstoffeinsatz senken und den Ausstoß von CO₂ reduzieren. Diese modernen Kraftwerke könnten dann im weltweiten Einsatz zum Klimaschutz beitragen: So wird ein Schuh daraus (Seiten 9 bis 11).

Foto: Schälte

Ausschuss nimmt Untersuchung auf

Der Landtag hat einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA), den ersten der laufenden Wahlperiode, eingerichtet. Der „PUA JVA Siegburg“ soll die Umstände des Mordes an einem Häftling der Justizvollzugsanstalt Siegburg Ende vergangenen Jahres aufklären. Am 15. Mai ist der PUA zum ersten Mal zusammengetreten. Vorsitzender ist Wolfgang Schmitz (CDU). Zu seinem Stellvertreter ist Thomas Kutschaty (SPD) gewählt worden. Das Gremium hat elf stimmberechtigte Mitglieder: Fünf von der CDU, vier von der SPD; Grüne und FDP entsenden je ein Mitglied. Auftrag ist, die Umstände des Todes aufzuklären, die politische Verantwortung zu untersuchen und Konsequenzen für den Jugendstrafvollzug in NRW vorzuschlagen.

Klimaschutz im Energieland NRW



Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Schelte aus Münster	3
<i>Verfassungsrichter legen hohe Maßstäbe an die Haushaltspolitik</i>	
„Test ist kein Kinder-Abitur“	4
<i>Erste Ergebnisse der Sprachstandserhebung für Vierjährige</i>	
Neue Freiheit für Eltern	5
<i>Aufhebung der Schulbezirke – Erfolg oder Luftnummer?</i>	
Grüne wollen offenen Vollzug ausweiten	6
<i>Schwarz-Gelb: Schutz der Allgemeinheit darf nicht zu kurz kommen</i>	
Missbrauch von Fördermitteln	7
<i>Das Parlament befasst sich erneut mit den Vorfällen um den Inkubator</i>	
Bonus für Arbeit	8
<i>Landtag diskutiert neue Beschäftigungs-Modelle</i>	
Globale Brille aufsetzen?	9
<i>Grüne halten der Landesregierung weitgehende Untätigkeit vor</i>	
City-Maut findet keinen Zuspruch	10-11
<i>Interviews mit den umweltpolitischen Sprechern der Fraktionen</i>	
„Vergnügungssteuer fällt nicht an“	12
<i>Das Land packt den Personalabbau im öffentlichen Dienst an</i>	
Bus und Bahn auf dem Prüfstand	13
<i>Experten nehmen Novelle des ÖPNV-Gesetzes unter die Lupe</i>	
Abbau und Entwicklung	14
<i>Land will Regelungsdichte eindämmen und Hemmschwellen beseitigen</i>	
Kyrill: Schäden und Chancen	15
<i>Der Landeswaldbericht und die Folgen des Jahrhundertsturms</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
Kultur als Lebensmittel	17
<i>Mehr Angebote für eine älter werdende Gesellschaft</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt: Britta Altenkamp (SPD)	19
Zum Auftakt ein Sieg	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20



Mit Energie in die Zukunft

Nordrhein-Westfalen gilt als Energieland Nr. 1. Aus NRW kommen 30 Prozent des erzeugten Stroms. Hier haben zwei bedeutende international aufgestellte Energiekonzerne ihren Sitz. In der Energiewirtschaft an Rhein und Ruhr sind eine Viertelmillion Menschen beschäftigt. In Unternehmen, an Hochschulen und Forschungsinstituten wird an der Energie der Zukunft geforscht.

Energieland – das beschreibt also nicht nur die Gegenwart. NRW will auch in den kommenden Jahren die erste Adresse in Sachen Energie sein und Schrittmacher für Fortschritt und Innovation im internationalen Wettbewerb bleiben.

Diese führende Position ist nicht umsonst zu haben. Neben Geld, viel Geld, erfordert er Kraft und Entschlossenheit. Die Politik muss die Rahmenbedingungen setzen und auf einen gesellschaftlichen Konsens hinarbeiten. Viel Zeit bleibt ihr nicht: Der Klimawandel gibt den Fahrplan vor.

PERSPEKTIVEN

Entsprechend leidenschaftlich die Debatten. Die Ausgangslage ist klar: Die fossilen Brennstoffe gehen irgendwann zur Neige und müssen ersetzt werden. Neue Energiequellen müssen gefunden werden. Aber welche und in welchem Mischungsverhältnis? Wie schnell lassen sich erneuerbare Energien ausbauen? Wie sehen die Strukturen einer künftigen Energieversorgung aus? Welche neuen Energien sind wirtschaftlich und behaupten sich am Markt und welche Energielieferanten sind „sicher“?

Die Debatte darüber geht weiter. Bis zu einem Ergebnis legt das Energieland NRW aber nicht die Hände in den Schoß. Hierzulande ist schon viel Neues angepackt worden. Es gibt die Schritte zur Biomassegewinnung, zur Nutzung von Erdwärme und Solarenergie, Arbeiten an der Brennstoffzelle, um nur einige Felder zu nennen. Über das Land verteilt laufen Pilot- und Demonstrationsanlagen.

NRW hält sich an das Motto: Das Neue tun, ohne das Alte aus dem Auge verlieren. Das geschieht derzeit mit den Kohlekraftwerken im Land. Sie werden modernisiert und nachgerüstet. Ihr Wirkungsgrad wird erhöht (und damit der Brennstoffeinsatz reduziert). Die Planungen für ein CO₂-armes, wenn nicht freies Großkraftwerk laufen. Auch für die derzeitige Übergangszeit soll es mit Fug und Recht heißen: Nordrhein-Westfalen, das Energieland Nr. 1. JK

Schelte aus Münster

Verfassungsrichter legen hohe Maßstäbe an die Haushaltspolitik

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde auf Antrag von CDU und FDP (Drs. 14/4279) hat sich der Landtag mit den Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs NRW (VGH) beschäftigt. Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) hatte von den Richtern in Münster im Streit für den zweiten Nachtragshaushalt 2005 eine Rüge bekommen: Die damals neu gewählte schwarz-gelbe Landesregierung hätte mit der Neuverschuldung die Summe der Investitionen nicht um 1,43 Milliarden Euro überschreiten und damit die Kreditverfassungsgrenze verletzen dürfen, meinten sie.

Volkmar Klein (CDU) sah in dem Urteil, „wenn man es sich näher anschaut, eine schallende Ohrfeige für die frühere Haushaltspolitik.“ Die Richter hätten betont, eine höhere Netto-Neuverschuldung als die Investitionen verbiete die Landesverfassung, um nachfolgende Generationen zu schützen. Seit der Regierungsübernahme im Mai 2005 sei die Haushalts- und Finanzpolitik des Landes genau auf dieses Ziel ausgerichtet. Die Politik der Landesregierung sei also durch das Urteil gestärkt worden. In den Punkten, wo es Gestaltungsspielraum gebe, habe das Gericht die Koalition voll und ganz bestätigt. „Und da, wo wir nur der Konkursverwalter Ihrer Hinterlassenschaft waren, gibt es Kritik“, stellte Klein fest.

Gisela Walsken (SPD) sagte: „Der Nachtragshaushalt 2005 war verfassungswidrig. Das ist eine schallende Ohrfeige für die Regierung. Denn Ausnahmen bei der Neuverschuldung darf es laut Urteil höchstens bei einer Naturkatastrophe oder bei einem größeren Unglücksfall geben. Eine Notsituation liegt nicht vor, wenn nur ein Regierungswechsel erfolgt.“ Mit dem Urteil sei dem Finanzminister „die Maske des ehrlichen Kaufmanns vom Gesicht gerissen worden“. Die Haushalte von Schwarz-Gelb wiesen nicht die Spur von Konsolidierung auf. Man habe nur umgeschichtet – „zulasten von Kindern, Familien und den Städten, in denen diese leben“.

Angela Freimuth (FDP) meinte, das Gericht habe die Politik der Regierung in wesentlichen Punkten bestätigt. Man müsse wegkommen von einem System, das nachfolgenden Generationen keinen Spielraum mehr lasse. „Das Gericht hat uns ganz klar den Auftrag erteilt, den Haushalt zu konsolidieren“, betonte sie. Deswegen müsse man sich darauf verständigen, was das Land NRW noch leisten müsse und leisten könne und wie Begehrlichkeiten entgegenzutreten sei. Freimuth: „So, wie es in den vergangenen 40 Jahren gehandhabt worden ist, geht es jedenfalls in Zukunft nicht mehr weiter.“

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bezeichnete die Aussagen von CDU und FDP als „Realitätsleugnung“

und „autosuggestive Hirnwäsche“. Für ihn stand fest: „Sie haben eine deftige Niederlage erlitten.“ Auch das Verstecken hinter ehemaligen Regierungen könne es nicht geben. Der Finanzminister sei ein „verfassungswidriger Haushaltstrickser“, aber gleichzeitig ein „Glücksritter“, weil es einen wirtschaftlichen Aufschwung gebe und die Steuermilliarden sprudelten. Mit ihrer Haushaltspolitik sei Schwarz-Gelb somit schon im ersten Haushalt „grandios gescheitert“. Seine Fraktion begrüße das Urteil. Es zeige deutlich, dass es nicht mit der Verfassung vereinbar sei, die Nettoneuverschuldung „beliebig“ über die Investitionsquote zu heben „und alle verfassungsrechtlichen Bedenken mit der objektiven Unmöglichkeit von Alternativen abzutun“.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) begründete die hohe Neuverschuldung mit dem „Kassensturz“. Die Einhaltung der verfassungsgemäßen Obergrenze bei der Neuverschuldung sei „objektiv unmöglich“ gewesen. Der Minister: „Im Mai 2005 ist die neue Landesregierung gerade mit dem Ziel angetreten, den Landeshaushalt zu sanieren und die Landesfinanzen wieder in Ordnung zu bringen. Und jeder kann sehen, dass den Worten bereits erfolgreich Taten gefolgt sind. Unser erstes Ziel, wieder verfassungskonforme Haushalte aufzustellen, haben wir bereits mit dem laufenden Haushalt 2007 erreicht. Bis zu einer Nettoneuverschuldung von Null Euro braucht es allerdings seine Zeit.“ Seinem, Linssens, Weg zur Lösung des Haushaltsproblems sei das Verfassungsgericht Münster aber nicht gefolgt. Es lege damit einen strengeren Maßstab an als die Verfassungsgerichte in Berlin und Hessen. Im Übrigen habe auch Rot-Grün mehrfach die Verfassungsgrenze in NRW gebrochen. Die Haushalte 2003 und 2004 hätten jeweils mit einer deutlich höheren Netto- neuverschuldung im Vollzug abgeschlossen, als bei der Einbringung veranschlagt worden war. Der Minister bezeichnete dies als „Erb-Last“. ■



Das Lächeln ...

... einer Siegerin – Jennifer Raschka aus Münster hat den Malwettbewerb des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen mit ihrem Bild gewonnen. Landtagspräsidentin Regina van Dinter stellte mit der jungen Preisträgerin deren Werk vor, eine Weltkugel mit Kindern und Blumen geschmückt und in beeindruckenden Farben. Über 1.000 Bilder aus allen Teilen des Landes waren eingegangen. Die neunjährige Schülerin der Marienschule in Roxel erhielt stellvertretend für alle jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Glückwünsche der Schirmherrin des Wettbewerbs und des UNESCO-Stiftungsvorsitzenden Wolfgang Fischer. Als Preis bekam Jennifer zusammen mit ihrer Familie einen Tagesausflug ins PhantasiaLand bei Brühl geschenkt. Foto: Schälte

„Test ist kein Kinder-Abitur“

Erste Ergebnisse der Sprachstandserhebung für Vierjährige

Die Landesregierung hat in einer Unterrichtung unter dem Titel „Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung – Neue Chancen für Kinder in Nordrhein-Westfalen“ den Landtag über die Ergebnisse der ersten Stufe der Tests von Vierjährigen im Land informiert. Dabei waren im März und April 151.000 Kinder dem Verfahren unterzogen worden. Zur zweiten Stufe in diesem Monat wurden 91.000 Vierjährige eingeladen – diesmal können die Eltern „passiv“ an dem Test teilnehmen.

Familienminister Armin Laschet (CDU) stellte klar: „Wer die Sprache nicht ausreichend beherrscht, scheitert schon in der Grundschule. Deutschkenntnisse sind Voraussetzung für beruflichen Erfolg.“ Er sei stolz auf die Sprachstandserhebung, betonte er und dankte allen Fachkräften, Lehrerinnen und Lehrern. Kein Kind sei „durchgefallen“: Wo der Bedarf an zusätzlichen Sprachförderangeboten erkannt worden sei, werde nicht wie bisher sechs Monate vor der Einschulung ein „Crash-Kurs“ gemacht, sondern Sprachförderung werde Bestandteil des Kindergartens. Er verteidigte das spezielle Beobachtungsverfahren. Der Minister: „Die Kinder haben mit den Erziehern ein Spiel gespielt, und die Lehrer haben unauffällig am Rand gegessen und Protokoll geführt. Kein Kind hat anschließend eine Bewertung erfahren“. Der Kinder- und Jugendminister forderte, die Opposition solle Eltern nicht verunsichern, sondern die größere Aufgabe hinter dem Test sehen: Kinder mit Sprachdefiziten so früh wie möglich zu fördern. Andere Bundesländer überlegten bereits, es Nordrhein-Westfalen nach zu machen und einen „verpflich-

tenden Aspekt“ einzuführen. Darüber hinaus bringe der Test Schulen und Kindergärten zu einer Kooperation, die es bisher nicht gegeben habe.

Renate Hendricks (SPD) bemängelte, ein ganzer Jahrgang von Vierjährigen sei als Versuchskaninchen missbraucht worden: „Hier wurde weniger die Sprachfähigkeit unserer Kinder getestet als vielmehr die Brauchbarkeit des Tests.“ Wenn in NRW der Eindruck erweckt werde, die Hälfte eines Jahrgangs benötige Förderung, dann liege „dies weniger an den Kindern, als an einem unzureichenden Verfahren“, sagte die Abgeordnete. Die Sprachstandstest hätten das Land viel Geld gekostet, kritisierte die Politikerin weiter. Dieses Geld hätte man besser in die Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher und der Einrichtungen investiert. 150.000 Unterrichtsstunden würden nach Schätzungen der Erziehungsgewerkschaft in den Grundschulen für die Sprachtests ausfallen. Nun müssten 35.000 Kinder mehr als erwartet in die zweite Testphase. Weiterer Unterrichtsausfall sei damit vorprogrammiert.

Marie-Theres Kastner (CDU) wies darauf hin, man sei noch nicht am Ende des Verfahrens. Dies sei der erste Schritt gewesen, und es sei gut, dass man ihn gewagt habe. Das Ergebnis der ersten Sprachstandsfeststellung zeige erschreckende Defizite nicht nur bei Kindern mit Migrationshintergrund. Dass so viele an der zweiten Stufe der Erhebung teilnehmen würden, zeige aber nur den „Sicherheitsfaktor“: „Erzieherinnen und Lehrer möchten lieber noch einmal in Einzelgesprächen genauer hinschauen, als einem Kind eine eventuell notwendige Förderung vorzuenthalten“, meinte Kastner. „Bei allen Vorwürfen und Debatten der Opposition sollte man sich fragen: Was passiert denn schlimmstenfalls? Dass die Kinder Förderung bekommen!“

Andrea Asch (GRÜNE) erinnerte daran, unter Rot-Grün habe man die Sprachstandserhebung im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung zeitlich vorgezogen und durch die Gesundheitsämter durchgeführt. Im Anschluss sei eine verpflichtende halbjährige Förderung gefolgt.



Marie-Theres Kastner (CDU)



Andrea Asch (GRÜNE)



Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Diesmal aber sei bei dem Test „alles falsch gemacht worden, was man nur falsch machen konnte.“ Die Abgeordnete bezeichnete die Sprachstandserhebung nicht als Sprachtest, sondern als „Stresstest“. Asch: „96 Prozent der Vierjährigen besuchen einen Kindergarten. Der Sprachstand der Kinder lässt sich problemlos von ihren Erzieherinnen mit einem standardisierten Beobachtungsbogen erfassen, integriert in den Alltag der Einrichtung“.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) betonte, die Sprachtests seien wichtig, da man sonst nicht die vier Prozent Kinder erreiche, die keinen Kindergarten besuchen: „Das sind aber genau die, die später Schwierigkeiten in der Schule haben.“ Dass die Opposition versuche, Ängste hinsichtlich der neuen Sprachstandsfeststellung zu schüren, sei beschämend. Es sei unverantwortlich, zu suggerieren, dies sei ein „Kinder-Abitur“. Es werde bei den Sprachstandstests schließlich nicht über einen Lebensweg entschieden. ■



Familienminister Armin Laschet (CDU)



Renate Hendricks (SPD)

Neue Freiheit für Eltern

Aufhebung der Schulbezirke – Erfolg oder Luftnummer?

Die Abschaffung der Schulbezirke durch die schwarz-gelbe Koalition ist für das Schuljahr 2008/2009 beschlossene Sache. 15 Kommunen im Land wollen den Schritt schon in diesem Jahr gehen. Sie seien hinsichtlich der Einwohnerzahl, Sozialstruktur und Region höchst unterschiedlich, heißt es in dem Antrag von CDU und FDP (Drs. 14/4244), den der Landtag mit den Stimmen der Koalition und gegen die Opposition angenommen hat.

Klaus Kaiser (CDU) fand, beim Thema freie Schulwahl sei die Liste der Bedenkenträger lang gewesen. Aber das behauptete organisatorische Chaos sei ebenso ausgeblieben wie die befürchtete Unplanbarkeit in der Schulentwicklung. 90 Prozent der Eltern in Arnsberg zum Beispiel hätten wohl abgewogen die wohnortnächste Schule gewählt, zehn Prozent der Schüler seien in anderen Grundschulen angemeldet worden. Kaiser: „Die Eltern sind reif genug, selbst zu entscheiden und haben auch ganz rationale Argumente für ihre Entscheidungen“. Besondere Angebote und Profile von Schulen hätten dieses Wahlverhalten bestimmt. Kaiser war sich sicher, auch in Zukunft werde es keine „Grundschulvölkerwanderungen“ geben. Andererseits werde „verfehlte Stadtpolitik auch nicht durch schulorganisatorische Maßnahmen zu korrigieren sein“.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) zog aus Gesprächen mit den 15 „Optionskommunen“ den Schluss, „dass sich die freie Schulwahl schon jetzt bewährt hat“. Die Abgeordnete: „Noch nie zuvor haben sich Eltern so intensiv mit der Wahl der Grundschule für ihr Kind auseinandergesetzt“. Nirgendwo seien mehr als 15 Prozent abweichende Anmeldung feststellbar gewesen. Landesweit hätten die Abweichungen bisher immer schon zehn bis zwölf Prozent betragen, merkte sie an und stellte als Vorteil der neuen Regelung heraus, dass sie den Eltern der bürokratischen Aufwand erspart, der in der Vergangenheit notwendig gewesen sei, um von dem durch die Schulbezirksgrenzen gesetzten Rahmen abweichende Elternwünsche zu erfüllen. Diese positiven Befunde des Testlaufs werde die Landesregierung an die Schulträger weitergeben und sich als verlässlicher Ansprechpartner zur Verfügung stellen.

Professor Dr. Rainer Bovermann (SPD) nannte die Aufhebung der Schulbezirke „einen weiteren Fehlschlag schwarz-gelber Schulpolitik“ – nach Sprachstandserhebung, Grundschulgutachten und Zentralabitur.

Die Koalition habe dieses Vorhaben gegen den Rat der kommunalen Spitzenverbände durchgedrückt, auch vor Ort seien manche CDU-Mandatsträger gegen die Aufhebung. 15 Kommunen – was sei das bei 396 Städten und Gemeinden im Land? Gerade einmal 3,8 Prozent. Das sei nicht repräsentativ und könne nicht zum „Lackmustest“ für das Gesetz gemacht werden, fand der Sprecher und urteilte: „Wenn Sie trotzdem dieses bescheidene Ergebnis zu einem landesweiten Erfolgsmodell stilisieren, dann buchen Sie wieder einmal eine Luftnummer.“ Bovermann berichtete von negativen Erfahrungen in anderen Orten, wo die Wechselquote deutlich höher ausgefallen und der Ausländeranteil in Folge davon deutlich gestiegen sei. Ungleichmäßige Auslastung und mangelnde Planungssicherheit – das seien vor Ort Folgen der Aufhebung.

Sigrid Beer (GRÜNE) hatte auch den Eindruck, die Koalition versuche „verzweifelt, sich

selbst zu feiern“. Die Abgeordnete weiter: „Sie müssen es wirklich nötig haben.“ Manche Kommune habe sich von der Beteiligung versprochen, vorrangig mit Lehrerstellen bedacht zu werden. Aber das reiche in Düsseldorf offenbar nicht aus, „um die Schulen in Brennpunkten zu stützen, die jetzt ins Trudeln geraten“. Es gebe durchaus Beobachtungen von zunehmender Gettoisierung und sozialer Entmischung, fuhr Beer fort. Wenn es an einzelnen Schulen eine Abwanderung von mehr als 50 Prozent gebe, dann treibe man diese Schulen in die Einzigkeit und bedrohe sie damit in ihrer Existenz. Diesen Schulen nun zu unterstellen, sie leisteten keine gute Arbeit, sei vermessen. Damit würden sie und die Kinder im Quartier gleich mit zu Verlierern gemacht.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) unterstrich, dass die Landesregierung Schulen in sozial schwierigen Lagen besonders fördert: „Wir stellen im kommenden Schuljahr insgesamt 3.450 Lehrerstellen für die Grundschulen über den Grundbedarf hinaus bereit. Diese Stellen dienen unter anderem dazu, Schulen mit schwierigen sozialen Verhältnissen zu unterstützen.“ Außerdem werde erstmalig von der Landesregierung ein Sozialindex eingeführt. Schulen in sozialen Brennpunkten würden mit zusätzlichen Lehrerstellen ausgestattet. Entscheidend sei die bestmögliche Förderung für jedes Kind und jeden Jugendlichen. ■

Nicht wesentlich mehr Schüler als früher kehren der Schule in ihrer nächsten Umgebung den Rücken. Nach Einschätzung der Landesregierung wird das neue Recht auf freie Schulwahl von den Eltern verantwortungsvoll genutzt. Anders die Opposition: Sie befürchtet, dass vor allem Schulen mit schwierigem sozialen Umfeld „ausbluten“.

Foto: Schälte



Grüne wollen offenen Vollzug ausweiten

Schwarz-Gelb: Schutz der Allgemeinheit darf nicht zu kurz kommen

Das Bundesverfassungsgericht hat vor einem Jahr festgestellt, dass die bisherigen Regelungen zum Jugendstrafvollzug mit der Verfassung nicht vereinbar sind. Dem Gesetzgeber hat das Gericht aufgegeben, bis zum Ende dieses Jahres eine verfassungsmäßige gesetzliche Grundlage zu schaffen. Im Zuge der Föderalismusreform ist die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug auf die Länder übergegangen. Ein entsprechender Gesetzentwurf der NRW-Landesregierung befindet sich derzeit im Referentenentwurfs-Stadium. Parallel dazu hat die Fraktion der Grünen einen eigenen Gesetzentwurf zum Jugendstrafvollzug erarbeitet (Drs. 14/4236), der jetzt im Plenum zum ersten Mal beraten wurde.

Monika Düker (GRÜNE) betonte, das Verfassungsgericht habe einen klaren Rahmen für die Ausgestaltung des Jugendstrafvollzugs gesetzt: Resozialisierung und soziale Integration von Jugendlichen müssten oberstes Ziel sein. Das sei jedoch unvereinbar mit dem Ruf der CDU nach mehr Härte im Kampf gegen Jugendkriminalität. Im Gegensatz zur Landesregierung orientiere sich der Gesetzentwurf der Grünen viel konsequenter am Erziehungsgedanken. „Konfliktregelungen haben bei uns eindeutigen Vorrang vor Disziplinarmaßnahmen“, sagte Düker. Es gehe darum, den offenen Vollzug als Regelvollzug zu definieren. Zudem forderte sie, die Jugendhaftanstalten auf maximal 200 Plätze zu begrenzen sowie die Anzahl der Bediensteten per Rechtsverordnung festzulegen. „Dafür werden wir mehr Geld brauchen, aber dieses Geld ist gut angelegtes Geld.“ Sie schloss mit dem Appell: „Wir dürfen diese Jugendlichen nicht aufgeben, auch wenn sie noch so schlimme Taten begangen haben!“

Harald Giebels (CDU) meinte, der Gesetzentwurf gehe in die falsche Richtung. Es stehe außer Frage, dass das Vollzugsziel die Resozialisierung der jungen Gefangenen ist. Dabei dürfe

man jedoch nicht den Schutz der Allgemeinheit aus den Augen verlieren. Es sei nichts dagegen einzuwenden, den Vollzug in geeigneten Fällen aufzulockern. Die Grünen hingegen forderten den offenen Vollzug ohne Einschränkung als Regelfall. „Der Personenkreis, der sich nicht für den offenen Vollzug eignet, muss zum Schutz der Bevölkerung natürlich hinter Schloss und Riegel“, so Giebels. Weiter kritisierte er die Forderung, Verlegungen der Gefangenen nur noch mit deren Zustimmung durchführen zu können, als realitätsfremd. Das würde dazu führen, dass der Vollzugsablauf allein vom Wunsdenken des Gefangenen abhängt.

Frank Sichau (SPD) stellte fest, dass es beim Jugendstrafvollzug grundlegende Unterschiede zwischen der Koalition und seiner Fraktion gebe. Es sei klar: Vollzugsziel ist die Resozialisierung. Klar sei auch, dass die Zahl der Jugendlichen, die zum Mitmachen erst motiviert werden müssen, hoch ist. „Ich kann diese Chance jedoch angesichts des Erziehungsgedankens nicht aufgeben, indem ich diejenigen aussortiere, die nicht mitmachen wollen – wie beim so genannten Chancenvollzug“, sagte Sichau. „Ich muss die Möglichkeit der Motivation ausdrück-

lich mit einbeziehen und kann nicht sagen: Wer von Anfang an nicht mitwirkt, der bekommt die Endstrafe.“ Das widerspreche dem Erziehungsgedanken.

Dr. Robert Orth (FDP) lobte den Entwurf als Fleißarbeit, kritisierte aber dessen Regelungswut. „Mit diesem Entwurf verfolgen Sie sicherlich ein hehres Ziel, treffen die Realität im Vollzug aber nicht.“ Schließlich säßen die jungen Menschen nicht wegen irgendwelcher Bagatelldelikte, sondern weil sie „wirklich etwas Hartes hinter sich haben“. Orth: „Wenn man Ihren Entwurf liest, bekommt man allerdings den Eindruck, dass Sie damit einen Hotelbetrieb ins Leben rufen wollen.“ Auch die Koalition habe sich klar zum offenen Vollzug bekannt, aber da, wo die Menschen dafür geeignet seien. Darüber hinaus betonte er, wie wichtig es sei, Jugendliche im Strafvollzug entsprechend auszubilden sowie ihre Persönlichkeitsentwicklung zu fördern, „damit sie hinterher besser herauskommen, als sie hineingegangen sind“.

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) fand, der Entwurf weise zahlreiche Schwachstellen auf und biete keine geeignete Grundlage für einen modernen Jugendstrafvollzug. Beispielsweise dürften vollzugliche Maßnahmen nicht nur Angebotscharakter haben. Die Annahme dieser Angebote könne nicht dem Belieben der Jugendlichen überlassen bleiben. Dementsprechend sehe der Referentenentwurf der Landesregierung eine generelle Verpflichtung der Gefangenen zur Mitwirkung am Erreichen des Vollzugsziels vor. Dieser Entwurf befinde sich derzeit in der Verbändeanhörung. Es werde gewissenhaft geprüft, ob die positive und negative Kritik sowie die Anregungen Anlass geben, den Gesetzentwurf in einzelnen Punkten zu ergänzen oder zu ändern. ■



Aus Engelskirchen ...

... kommt der neue Landtagsabgeordnete Dr. Gero Karthaus (SPD). Er ist für den ausgeschiedenen SPD-Abgeordneten Dr. Axel Horstmann nachgerückt und wurde zu Beginn der Plenarsitzung am 3. Mai von Landtagspräsidentin Regina van Dinker verpflichtet. Foto: Schälte

Wirtschaftsministerin Thoben und Finanzminister Dr. Linssen (beide CDU).

Foto: Schälte



Fragesteller: Stephan Gatter (SPD)

Missbrauch von Fördermitteln

Das Parlament befasst sich erneut mit den Vorfällen um den Inkubator

Der Aufsehen erregende Fall von Subventionsbetrug am Inkubatorzentrum an der Fachhochschule (FH) Gelsenkirchen – mehrere Professoren sowie ein hoher Ministerialbeamter kamen vorübergehend in Haft, Millionen an Landesmitteln wurden zweckentfremdet – beschäftigt den Landtag. Die Abgeordneten versuchen Klarheit in die Sache zu bringen, in Ausschusssitzungen, in Anträgen und nicht zuletzt in der Fragestunde des Landtags.

Mit der Mündlichen Anfrage 116 wollte der SPD-Abgeordnete Stephan Gatter von der Landesregierung wissen, „ob der Landtag über die Zeitabläufe im Rahmen der Vorfälle um das Inkubatorzentrum an der Fachhochschule Gelsenkirchen falsch unterrichtet wurde“? Dem Abgeordnete Gatter ging es bei seiner Frage darum, wann die Landesregierung von den Unstimmigkeiten in Gelsenkirchen gewusst hat: Im September 2006 oder bereits Monate zuvor, im Mai desselben Jahres.

Das erste Datum hatte in der Vorlage der Landesregierung zur Sondersitzung des Haushaltskontrollausschusses gestanden, das zweite bezog sich auf Informationen des Regierungspräsidenten von Münster an das Wirtschaftsministerium, in denen geschäftliche Verflechtungen des Inkubators thematisiert wurden. Der Regierungspräsident solle der Sache nachgehen, hatte das Ministerium darauf geantwortet. Weil bei dieser Untersuchung keine besonderen Vorkommnisse festgestellt wurden, liefen auf Empfehlung der Regierungspräsidiums die Zahlungen weiter und wurden die Mittelabrufe „den gewohnten Prüfroutinen weiter unterzogen“.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) in der Fragestunde: „Da liegt nach

unserer bisherigen Kenntnis das eigentliche Problem.“ Leider, so räumte sie ein, habe man die Prüfroutinen der alten Landesregierung weiterlaufen lassen: „Sie erweisen sich als vollständig unzulänglich.“ Alles in allem, so die Ministerin weiter, sei mit großem Erschrecken zur Kenntnis zu nehmen, dass man in diesem Verfahren in einen „Abgrund von Arglosigkeit“ schaue.

Die Wirtschaftsministerin nahm die rot-grüne Vorgängerregierung in die Verantwortung, als sie sagte: „Wir sind bei Übernahme der Regierung davon ausgegangen, dass es eine funktionierende Verwaltung gibt und dass die Kontrollmechanismen so gut sind, dass sie nicht zur Selbstbedienung einladen. An dieser Stelle müssen wir unser Urteil revidieren.“ Man habe von Rot-Grün eine „äußerst unheilvolle Förder- und Subventionspraxis geerbt, die zudem auch noch missbrauchsanfällig ist“, schlug der Abgeordnete Manfred Kuhmichel (CDU) in dieselbe Kerbe und knüpfte daran die Frage, ob der eingetretene materielle Schaden für das Land in dieser Förderpraxis zu suchen sei. Die Ministerin wagte, wie sie ausführte, dazu kein abschließendes Urteil, „aber maßgeblich ist sie ganz bestimmt dafür, weil sie dazu eingeladen hat“.

JK

*In Sachen Inkubator**

Das Inkubator-Zentrum Emscher-Lippe GmbH in Gelsenkirchen wurde Ende 2000 gegründet. In Zusammenhang mit der Schließung der Zeche Consolidation und den damit verbundenen Arbeitsplatzverlusten sollte nach dem Willen der damaligen rot-grünen Landesregierung mit dem Zentrum versürzäumt werden, Arbeitsplätze in der strukturschwachen Region zu schaffen.

Das der Gründung zugrunde liegende Konzept, so Staatssekretär Dr. Jens Baganz in der Sondersitzung des Haushaltskontrollausschusses unter Leitung von Rolf Seel (CDU), habe bewusst auf die Förderung von „problematischen Fällen“ abgestellt, denen üblicherweise keine Marktchance einzuräumen war, weil, wie das Konzept mutmaßte, „hier das höchste Potenzial schlummert“.

Wie eine solche „Beratung“ aussehen konnte, hat der Landesrechnungshof (LRH) in seinem Bericht geschildert. Zwei Jahre lang sei zum Beispiel ein türkischer Trockenobsthändler beraten worden, „ob sein Obst auf Basaren veräußert werden kann, um dann festzustellen, dass sein Obst der EU-Norm nicht entspricht“.

Der Staatssekretär wertete die Fokussierung auf „kränkelnde“ Projekte als Besonderheit, „die seine Erfolgswahrscheinlichkeit von Anfang an stark verminderte“. Dr. Stefan Romberg (FDP) meinte, es sei der erste Fehler im System gewesen, ein Projekt einzurichten, „um scheiternde Gründer zu stärken“. Rüdiger Sagel (GRÜNE) wunderte sich, wie er sagte, über „ein Schauspiel“: Noch vor kurzem sei das Wirtschaftsministerium grundsätzlich von einer erfolgreichen Tätigkeit des Zentrums ausgegangen. Thomas Eiskirch (SPD) bat in der Sondersitzung um Aufklärung, warum das Ministerium den Bewilligungszeitraum verlängert habe, obwohl der negative Prüfbericht des Landesrechnungshofs (LRH) bereits vorgelegen habe. Für Wolfgang Hüskens (CDU) war das der Versuch der Opposition, von den rot-grünen Verfehlungen der Vergangenheit abzulenken, „um daraus der neuen Landesregierung einen Vorwurf erwachsen zu lassen“.

* Inkubator, laut Duden Brutkasten für Frühgeburt

Bonus für Arbeit

Landtag diskutiert neue Beschäftigungs-Modelle

Einen Modellversuch „Bonus für Arbeit“ will die SPD-Fraktion starten. Die Instrumente der aktuellen Arbeitsmarktpolitik reichten nicht aus, die Beschäftigungsquote spürbar zu erhöhen, meinen die Sozialdemokraten. Im März suchten über 435.000 Arbeitslose länger als ein Jahr erfolglos nach einer Beschäftigung. Mit einem Antrag (Drs. 14/4250) forderte die Fraktion die Landesregierung dazu auf, neue Wege zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu beschreiten. Ziel dieser Bemühungen müsse ein neuer „sozialer Arbeitsmarkt“ in NRW sein.

Rainer Schmeltzer (SPD) hob hervor, dass über 100.000 Menschen in NRW keine Chance auf Integration in den regulären Arbeitsmarkt hätten. Durch die Instrumente eines sozialen Arbeitsmarktes könne die berufliche Eingliederung besonders im öffentlichen Sektor gelingen. „Das Land muss sich dort an der Finanzierung von Arbeitsplätzen beteiligen, wo die Bundesagentur für Arbeit keinen finanziellen Spielraum mehr hat“, sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Sozialdemokraten. Ebenso möchte Schmeltzer die Kompetenzen der Kommunen dazu nutzen, Langzeitarbeitslosen dauerhafte Perspektiven zu eröffnen. NRW eigne sich besonders dazu, das Modell „Bonus für Arbeit“ des Wirtschaftsweisen Professor Peter Bofinger zu erproben. Ein Zuschuss zur Sozialversicherung soll Langzeitarbeitslosen einen Mindest-

lohn sichern und Arbeit wieder attraktiv machen. „Zuschüsse, die ein höheres Nettoeinkommen garantieren, sind immer ein guter Ansatz“, so Schmeltzer.

Norbert Post (CDU) lehnte die Vorschläge der SPD ab und warnte vor Aktionismus auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitsagenturen vor Ort verlangten endlich Verlässlichkeit statt weiterer Versuche. „Deshalb bitte ich Sie dringend, davon abzusehen, noch mehr Modelle aufzubauen“, appellierte er an die Opposition. Zudem biete der neue Kombilohn in NRW bereits vielfältige Ansätze zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU kritisierte, dass das Modell „Bonus für Arbeit“ zu einseitig ausgerichtet sei. Langzeitarbeitslosigkeit sei nicht nur Folge mangelnder Qualifikationen, sondern auch die Auswirkung persönlicher Krisen, fehlender sozialer und kommunikativer Fähigkeiten sowie gesundheitlicher Probleme.

Barbara Steffens (GRÜNE) unterstützte den SPD-Antrag und schlug dem Landtag vor, eine Anhörung zum Thema zu veranstalten. Sie hielt die Diskussion über neue Beschäftigungsinstrumente für richtig und wichtig. „Wir haben wieder eine Menge an Arbeitslosen, die in für sie sinnlose Warteschleifen geschickt werden. Das können wir so nicht akzeptieren“, machte Steffens deutlich. Der Kombilohn in Nordrhein-Westfalen habe die Erwartungen nicht erfüllen können und bislang statt erhoffter 4.000 neuer Arbeitsplätze knapp über 1.000 geschaffen. „Das ist kein sinnvolles Modell für

die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen“, so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen. Umso notwendiger sei es deshalb, die vorgeschlagenen Versuche mit der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes zu verknüpfen. Dieser müsse deutlich über 4,50 Euro liegen, um den neuen Instrumenten zu einem dauerhaften Erfolg zu verhelfen.

Dr. Stefan Romberg (FDP) widersprach der Kritik der Opposition, der konjunkturelle Aufschwung sei spurlos an den Langzeitarbeitslosen vorübergegangen. Vielmehr sei die Zahl der Langzeitarbeitslosen binnen eines Jahres um 100.000 auf 435.000 Personen gesunken. „Das spricht denen Mut zu, die langzeitarbeitslos sind und sich auf dem ersten Arbeitsmarkt betätigen wollen“, so Romberg, arbeitsmarktpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Das Modell „Bonus für Arbeit“ sei zwar im Ansatz gut, aber nicht konsequent zu Ende gedacht. „Es reicht nicht, dass der Staat die Abgaben übernimmt. Man muss sie auch senken, um so die Kluft zwischen Brutto- und Nettolöhnen zu verringern“, erklärte Romberg.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) verteidigte seine Politik: „Wir haben heute in Nordrhein-Westfalen 170.000 Arbeitslose weniger als an dem Tag, als ich ins Amt gekommen bin.“ Ziel müsse es bleiben, den ersten und zweiten Arbeitsmarkt „ein Stück weit zu versöhnen“, so der Minister. „Die Wahrheit ist, dass es, egal wie die wirtschaftliche Entwicklung läuft, Menschen gibt, die von einer Entwicklung des Arbeitsmarktes nicht profitieren.“ Entschieden sprach sich Laumann gegen die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes aus und hob stattdessen die neuen, verbindlichen Tarifabschlüsse im Bewachungsgewerbe und im Gastronomiebereich hervor. „Es gibt von der Toilettenfrau bis zum Spüler keinen mehr, der unter 900 Euro arbeiten muss.“ Der Minister rief die Fraktionen dazu auf, gemeinsam Lohnrückerei im Land zu bekämpfen. Ein einheitlicher Mindestlohn trage dazu allerdings nicht bei. ■

Rede und Gegenrede – Rainer Schmeltzer (SPD, r.) im Wortduell mit Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU, l.). Fotos: Schälte

Globale Brille aufsetzen?

Grüne halten der Landesregierung weitgehende Untätigkeit vor

Bis zum Jahr 2020 sollen – ausgegangen vom Jahr 1990 – die Treibhausgasemissionen in Deutschland um 40 Prozent reduziert werden. Diese von Bundesumweltminister Gabriel (SPD) formulierte Zielvorgabe soll unter anderem durch die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien erreicht werden. In diesem Bereich jetzt mit Nachdruck zu handeln, sei Aufgabe auch der hiesigen Landesregierung. Das zumindest sagen die NRW-Grünen, die die Diskussion in einer Aktuellen Stunde auf die Tagesordnung der Plenarsitzung brachten. Ihrer Meinung nach werden die von der Landesregierung vorgelegten Energiekonzepte diesen Ansprüchen nicht gerecht.

Reiner Priggen (GRÜNE) kritisierte die Klimaschutzpläne der Landesregierung als nicht weitreichend genug: „Es ist Lyrik. Es sind allgemeine Feststellungen. Jedoch fehlen Zielmarken und Angaben dazu, wie was erreicht werden soll.“ NRW setze falsche Prioritäten. Das Land benötige keine neuen Kondensationskraftwerke auf der Basis von Braun- und Steinkohle. Stattdessen habe man großen Nachholbedarf bei den erneuerbaren Energien. Priggen: „So, wie Sie diesen Markt behandeln, geht er an NRW vorbei. Wir finanzieren ihn, und Bayern und Baden-Württemberg bauen aus. Das kann nicht unser Ziel sein.“

Marie-Luise Fasse (CDU) konstatierte: „Zum ersten Mal wird jetzt Ernst gemacht bei der Umsetzung der Klimaschutzziele.“ Die EU habe mit ihrem „historischen Beschluss“ über die Klimapolitik die Messlatte sehr hoch gehängt. Die Landesregierung stelle sich jedoch der Herausforderung. Den Vorwurf der Untätigkeit wies sie zurück: Bereits im Februar habe das Kabinett Konzepte zur Energieeffizienz, zu erneuerbaren Energien und zur Energieforschung verabschiedet. Darüber hinaus habe man vielerlei Maßnahmen eingeleitet, die teilweise sogar über die EU-Vorgaben hinausgingen.

André Stinka (SPD) lobte die Agenda des Bundesumweltministers als bedeutenden Meilenstein für die nationale Klimapolitik. Bislang sei die Landesregierung dem Parlament jedoch ein Klimaschutzkonzept schuldig geblieben. Es gehe nicht um Absichtserklärungen, sondern

um konkrete Maßnahmen. „Für die NRW-SPD steht fest: Wir arbeiten für heimische Energieträger von Kohle bis Sonne, wir wollen Lebensqualität und wir stehen für Versorgungssicherheit“, so der Abgeordnete.

Holger Ellerbrock (FDP) warf Gabriel vor, er bleibe seinem Grundsatz treu, hehre Ziele zu formulieren, ohne jedoch Maßnahmen, geschweige denn Finanzierungsvorschläge zu nennen. Es sei zudem illusorisch, Klimaprobleme auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene lösen zu wollen. Die „globale Brille“ sei zwingend notwendig. Ellerbrock: „Dabei müssen wir überlegen: Aus welchen Bereichen wollen wir aussteigen und wohin wollen wir? Dabei kommen wir um den Begriff Energiemix inklusive Kernkraft nicht herum!“

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) wendete ein: Aufgrund der industriellen und landwirtschaftlichen Struktur sei es fraglich, ob sich in NRW der Anteil erneuerbarer Energien so weit steigern ließe, wie in der Gabriel-Agenda angekündigt. „Viele vergessen, dass Klimaschutz und die Nachhaltigkeit der Energieversorgung nur ein Ziel sind; wir haben daneben noch die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit als weitere Ziele“, so die Ministerin. Die Regierung habe aber ein Gutachten in Auftrag geben, das die einzelnen Maßnahmen zur CO₂-Reduktion quantifizieren soll.

Thomas Eiskirch (SPD) bemängelte, dass Klimadebatten häufig auf die Notwendigkeit des

Verzichts und die Sorge um den wirtschaftlichen Niedergang reduziert würden. Stattdessen müsse man die Chancen sehen, die der Klimaschutz für die Wirtschaft in NRW bringt.

Christian Weisbrich (CDU) hielt fest: Auch Schwarz-Gelb wolle erneuerbare Energien ausbauen, „aber mit Augenmaß und Verstand“. Man dürfe aber auch die Empfehlung des UN-Klimarates nicht vollständig ignorieren, sichere Kernkraftwerke weiterlaufen zu lassen.

Johannes Rimmel (GRÜNE) sagte, der überwiegende Teil der Koalition habe mit Klimaschutz nichts am Hut. Aufgrund der öffentlichen Debatte habe man notgedrungen Papiere vorgelegt – „Notstandspapiere, gedrungen und geschoben und nicht aus eigenem Herzen und Willen.“

Dietmar Brockes (FDP) merkte an, dass Klimaschutz ein globales Problem sei. Trotzdem müsse NRW seine Hausaufgaben erledigen. Gleichzeitig müsse man die Technologieentwicklung und damit den Export vorantreiben.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) nannte die Erneuerung des NRW-Kraftwerksparks die Hauptherausforderung. Wie man jedoch gleichzeitig den Ausstieg aus der Braunkohle, aus den Steinkohlekraftwerken und die vorzeitige Abschaltung von Kernkraftwerken realisieren wolle, auf diese Frage seien die Grünen eine glaubwürdige Antwort schuldig geblieben. ■

City-Maut findet keinen Zuspruch

Interviews mit den umweltpolitischen Sprechern der Fraktionen

Der ungemein milde Winter, der zerstörerische Orkan Kyrill, der wärmste April seit über 100 Jahren – sind all das bereits Hinweise auf einen fortschreitenden Klimawandel oder Extremwetterlagen, die selten aber nicht ungewöhnlich sind? Die Wissenschaft hat hierzu noch kein abschließendes Urteil gefällt. Die Politik hingegen hat Handlungsbedarf angemahnt. Ganz oben auf der Agenda steht die Reduzierung der CO₂-Emissionen. Aber auch andere Themen wie die Feinstaubproblematik oder die Müllentsorgung beschäftigen Politiker auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene. Über mögliche Lösungsansätze und konkrete Zielvorgaben sprach „Landtag intern“ mit Friedhelm Ortgies (CDU), Svenja Schulze (SPD), Johannes Remmel (GRÜNE) und Holger Ellerbrock (FDP).

Der Klimarat der UN gibt acht Jahre Zeit zum Umsteuern. Die EU warnt vor dem Bau neuer (Braun-)Kohlekraftwerke. Steht das Energieland NRW vor der Krise?

Ortgies: Die Kritik der EU am Neubau von Braunkohlekraftwerken ist aus meiner Sicht schwer nachvollziehbar. Schließlich können wir nicht heute dafür bestraft werden, dass unsere Vorgängerregierung bereits vor mehr als zehn Jahren das letzte Kernkraftwerk in NRW außer Betrieb genommen hat. Braunkohle ist seitdem einer unserer wichtigsten Energieträger, der zudem ohne Subventionen auskommt. Vor dem Hintergrund muss die Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Bund und der EU Wege finden, wie wir die Braunkohle auch künftig verantwortbar und effizient nutzen können. Beispielsweise könnten wir einen Teil der durch den Auslauf der Steinkohlesubventionen frei werdenden Mittel in die Forschung und Entwicklung von klimafreundlicheren Techniken für die Braunkohleverstromung investieren. Ich denke da beispielsweise an das Verfahren, CO₂-Emissionen abzuspalten und unterirdisch zu verbringen.

Schulze: Zu Regierungszeiten hat die SPD als erstes Land Klimaschutzberichte vorgelegt und deutlich gemacht, wie ein sinnvoller Energiemix aussehen kann – ohne Atomkraft! Wir setzen auf unsere heimischen Energieträger von der Kohle bis zur Sonne. Weltweit werden derzeit noch viele neue Kohlekraftwerke gebaut. Um kurzfristig den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, wollen wir alte, ineffiziente Kraftwerke durch neue ersetzen. Gleichzeitig müssen wir den Anteil der erneuerbaren Energien kontinuierlich steigern. Wir müssen das Repowering von Windkraftanlagen erleichtern, den Ausbau der Kraftwärmekopplung fördern und den Einsatz erneuerbarer Energie zur Wärmebereitstellung erheblich ausbauen. Dazu brauchen wir eine stärkere Förderung der Solarthermie, mehr Anstrengungen für die Gebäudeeffizienz und mehr Schub bei der Geothermie. Die Landesregierung verpasst derzeit die große Chance, NRW als Energieland mit den richtigen Rahmenbedingungen zu versehen, damit wir im internationalen Wettbewerb gut aufgestellt bleiben. Da Klimawandel ein Querschnittsthema ist, haben wir dazu einen Sonderausschuss beantragt. Für die SPD steht NRW nur dann vor einer Krise, wenn die Landesregierung weiterhin versucht, Klimaschutz und Arbeitsplätze gegeneinander auszuspielen.

Remmel: Wenn wir die Ziele der EU sowie die Pläne des Bundesumweltministers, der die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent reduzieren möchte, einhalten wollen, dann müssen wir uns dringend Gedanken über unsere Kraftwerksstruktur machen. Von den bundesweit

46 Kraftwerksneubauvorhaben sollen allein 20 Braun- und Steinkohlekraftwerke auf NRW entfallen. Wenn das verwirklicht würde, ließen sich die Ziele von Bund und EU mit Sicherheit nicht erreichen. Natürlich sperren auch wir uns nicht grundsätzlich gegen die Erneuerung von Kraftwerken. Eins ist aber klar: Ein Zubau von Kraftwerkskapazitäten kommt auf gar keinen Fall in Frage. Insgesamt sollte der Zug eindeutig in Richtung Kraft-Wärme-Kopplung fahren. Das ist die effizientere Art, Strom und Wärme zu produzieren, würde aber ein längst überfälliges Umsteuern bei der Energiepolitik voraussetzen.

Ellerbrock: Nein! Jedes modernisierte Kohlekraftwerk trägt dazu bei, die Energieeffizienz zu erhöhen und den Schadstoffausstoß zu reduzieren. Wir als FDP sagen Ja zu moderner Braunkohleverstromung. Wir sagen auch Ja zu moderner Steinkohleverstromung, setzen aber auf Importkohle. Daher macht es Sinn, neue und effiziente Kohlekraftwerke zu bauen. Ich kann nicht erkennen, dass das Energieland NRW in einer Krise steckt. Wir haben die Forschung, wir haben die Anwendung, wir haben die Technik, wir haben den Maschinenbau und wir haben die Braunkohle als einzige nicht subventionierte Lagerstätte im Bereich der Energiewirtschaft. Wir sind Energieland Nr.1 und wir wollen Energieland Nr.1 bleiben. Man muss aber feststellen, dass in einer Laufzeitverlängerung der Kernenergie das größte CO₂-Reduktionspotential liegt.

Hightech im Umweltschutz: Wird NRW aufgrund seiner modernen Abfallbeseitigungsanlagen zur bevorzugten Adresse für Giftmüll aus aller Welt?

Ortgies: Ich wundere mich, dass die Diskussion erst heute geführt wird und nicht schon vor vier oder fünf Jahren. Die Genehmigungen und Verträge für die Entsorgung ausländischen Giftmülls in NRW sind in der Zeit der Vorgängerregierung und unter Umweltministerin Höhn ausgehandelt worden. Ich persönlich halte das insbesondere dann für in-



Friedhelm Ortgies (CDU)



Svenja Schulze (SPD)

akzeptabel, wenn Giftmüll aus hochindustriellen Ländern wie Australien um den halben Globus nach NRW importiert wird. Problem- und Giftmüllabfälle sollten nach Möglichkeit dort verbrannt beziehungsweise entsorgt werden, wo sie entstehen. In Schwellenländern, in denen diese modernen Entsorgungsanlagen nicht zur Verfügung stehen, stellt sich die Situation wieder anders da. Hier muss NRW Hilfestellung leisten und verhindern, dass Giftmüll auf illegalen Deponien gelagert oder im Meer verklappt wird.

Schulze: Wir haben in NRW einen sehr hohen Standard für die Beseitigung von Sondermüll. Schließlich müssen wir in der Lage sein, die Giftstoffe, die hier in der Produktion entstehen, auch selber zu entsorgen, damit sie nicht auf illegalen Mülldeponien landen. Ich halte es allerdings für ein Unding, wenn ein Industrieland wie Australien seinen Müll um die halbe Welt schafft. Australien muss Entsorgungsmöglichkeiten vor Ort schaffen, dafür liefern wir ihnen gerne Technik aus NRW.

Remmel: Die damalige SPD-Landesregierung hat in den 90er Jahren einen enormen Ausbau der Müllverbrennungskapazitäten bewirkt. Wir haben eine Vielzahl an hochmodernen Anlagen und damit mehr Verbrennungskapazitäten, als wir hierzulande benötigen. Dies ist ein Problem. Wir befürchten nun, dass die geplanten Giftmüllimporte aus Australien von anderen Ländern als Einladung missverstanden werden könnten, nicht für eigene Kapazitäten zu sorgen, sondern NRW als Zielpunkt für Sondermüll zu wählen. Das kann nicht im Interesse des Landes liegen und steht zudem im Widerspruch zum Basler Abkommen, das eine ortsnahe Entsorgung vorsieht. NRW sollte sich vielmehr darauf konzentrieren, das hier vorhandene Know-how stärker ins Ausland zu exportieren.

Ellerbrock: Das glaube ich nicht. Wir haben in NRW über Jahre eine sehr verantwortungsvolle Entsorgungspolitik betrieben. Da hierzulande produzierter Sondermüll auch hierzulande entsorgt werden sollte, hat das Land den Bau von

Hightech-Sonderabfallbehandlungsanlagen vorangetrieben. Einen gewissen grenzüberschreitenden Austausch hat es immer gegeben und wird es immer geben, da nicht jedes Land für jeden Abfall die entsprechenden Anlagen vorhalten kann. Gerade mit Blick auf die Entwicklungsländer ist es mir letztlich lieber, dass Sonderabfälle bei uns umweltgerecht entsorgt werden, als dass sie in illegalen Kanälen verschwinden. Mülltourismus zwischen Industrieländern sollte jedoch die Ausnahme bleiben, da auch ich grundsätzlich eine ortsnahe Entsorgung befürworte.

Luftqualität in Ballungsräumen. Große Städte stehen mit der Planung von Umweltzonen Gewehr bei Fuß. Wäre die City-Maut eine gangbare Alternative?

Ortgies: Wir stehen derzeit in engen Beratungen mit den Städten und Gemeinden. Ich möchte mir da zum jetzigen Zeitpunkt noch kein abschließendes Urteil erlauben. Fest steht, wir müssen uns der Feinstaubproblematik stellen und tun dies auch bereits. Ob in diesem Zusammenhang die City-Maut der Weisheit letzter Schluss ist, wage ich zu bezweifeln. Damit verärgert man nur die Bürgerinnen und Bürger. Wir werden jedoch darüber reden müssen, ob man die so genannten „Stinker“ künftig ganz aus den Ballungsräumen verbannt. Dann müssten wir aber auch die Lkw mit einbeziehen. Das kann man nicht nur auf den Individualverkehr beschränken.

Schulze: Gerade in Ballungsräumen ist es wichtig, die Luftqualität kontinuierlich zu verbessern. „Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden“ hat Willy Brandt schon 1961 gesagt. Seitdem arbeitet die SPD erfolgreich daran, die Lebensqualität in Ballungsräumen zu verbessern. Die Umweltzonen sind die richtige Antwort auf die Belastung der Luftqualität. Wir wollen Anreize schaffen, auf schadstoffärmere Autos umzusteigen. Eine Maut kann das nicht leisten. Diese hätte zur Folge, dass der Geldbeutel und nicht die Schadstoffmenge darüber entscheidet, wer künftig in unseren Innenstädten mit dem Auto fahren darf.

Remmel: Wir erleben jetzt schon heftige Diskussionen über die Einrichtung von Umweltzonen aufgrund von hoher Feinstaubbelastung. Ab 2010 wird der Ausstoß von Stickoxiden zusätzliche Maßnahmen erforderlich machen. Ein weiteres Problem des Autoverkehrs ist der Lärm. Spätestens im Herbst werden Lärmkartierungen für ganz NRW vorliegen. Die dritte Problemstellung ist der CO₂-Ausstoß und der damit einhergehende Klimawandel. Alles drei zusammen erfordert eine Offensive für einen umweltfreundlicheren Verkehr. Hier kann die City-Maut ein Instrument sein. Ich plädiere allerdings eher für einen wirklichen Quantensprung beim Ausbau des ÖPNV als überzeugendes Alternativangebot. Stattdessen werden die Regionalisierungsmittel gekürzt sowie die Strecken- und Bedienungsqualität eingeschränkt.

Ellerbrock: In den letzten 35 Jahren haben wir in Deutschland die Belastung durch Stäube um mehr als 90 Prozent reduziert. Noch vor 15 Jahren konnten wir Feinstäube gar nicht messen. Das ist heute anders. Daher wollen wir das Problem der Feinstäube auch angehen, zum Beispiel durch den Einsatz modernster Filtertechniken. Ich warne nur davor, jetzt auf einmal Ängste zu schüren und mit der Feinstaubproblematik Symbolpolitik zu betreiben. Zweitens: Ich bin nicht grundsätzlich gegen Umweltzonen. Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass die Fahrverbotszone nur ein Instrument von vielen ist, um die Feinstaubbelastung zu senken. Es handelt sich keinesfalls um ein Allheilmittel. Drittens: Die City-Maut ist mit der FDP nicht zu machen. Sie ist ohne umweltpolitische Wirkung. Hier geht es einmal mehr darum, die Bürger zur Kasse zu bitten.

Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.



Johannes Remmel (GRÜNE)



Holger Ellerbrock (FDP)

Fotos: Schälte



Die Vorsitzende im Kreis der Sprecher der Fraktionen (v. l.): Anke Brunn (SPD), Rüdiger Sagel (GRÜNE), Gisela Walsken (SPD), Volkmar Klein (CDU) und Dr. Robert Orth (FDP).

Foto: Schälte

„Vergnügungssteuer fällt nicht an“

Das Land packt den Personalabbau im öffentlichen Dienst an

Sachverständige aus NRW, aus Berlin und aus den Bundesländern Hessen und Mecklenburg-Vorpommern kannten nur ein Thema: PEM. Hinter diesem Kürzel verbirgt sich das Personaleinsatzmanagement, mit dem die nordrhein-westfälische Landesregierung an die 12.000 Stellen im öffentlichen Dienst des Landes abbauen möchte. Über den entsprechenden Gesetzentwurf (Drs. 14/3975) fand in einer gemeinsamen Sitzung von Haushalts- und Innenausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD, und Winfried Schittges, CDU) ein Expertengespräch statt.

Dieter Klang vertrat als Vorsitzender des Berliner Hauptpersonalrats den Standpunkt der Beschäftigten. Er berichtete von erheblicher Unruhe und starker Belastung, wenn Bedienstete in den Stellenpool kämen. Von einem Tag auf den anderen würden sie aus ihren Interessenvertretungen herausgelöst, bekämen Internetzugänge gesperrt, ihre Namen würden aus Telefonlisten gestrichen. Klang machte keinen Hehl daraus, dass er das Berliner Personalüberhangmanagement für verfehlt hält: „Das Land Berlin hat bis zum Jahr 2003 einschließlich 60.000 Stellen haushaltswirksam abgebaut“. Dazu sei nicht ein einziges Personalvertretungsrecht einzuschränken gewesen.

Von einer möglichen „Stigmatisierung“ der in den Stellenpool versetzten Mitarbeiter wollte Peter Buschmann vom Berliner Modell, das sich Zentrales Personalüberhangmanagement nennt, nichts wissen. Das geschehe nur in Einzelfällen, „wo Führungskräfte mit diesem Thema nicht umgehen können“. Am System liege es jedenfalls nicht. „Eine konkrete Einschränkung der Mitbestimmungsrechte für das Überhangpersonal sehe ich nicht“. Dieser Personenkreis habe seinen eigenen Personalrat in der aufnehmenden Dienststelle, „also bei uns“, wie der Leiter des Personalüberhangmanagements betonte.

Der Sprecher des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk NRW, Guntram Schneider, stellte in Frage, weshalb in NRW das geltende Landespersonalvertretungsgesetz novelliert und Arbeitnehmerrechte dabei eingeschränkt werden sollen: „Das, was man im

PEM-Gesetz bezüglich der Mitbestimmung plant, ist unsachgemäß“. Mit dem bestehenden Gesetz habe man schon große Umstrukturierungen bewältigt, etwa die Neuorganisation des Landesbetriebs Straßen. Wenn die Mitbestimmung jetzt „geschleift“ werde, dann „wird dies dazu führen, dass die Menschen verängstigt, demotiviert werden und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Diensts und damit ein Stück weit Leistungen für den Bürger verlorengehen“.

„PEM-STEMPEL“

Ralf Eisenhöfer vom Deutschen Beamtenbund NRW sah bei PEM keine Einschränkung statusrechtlicher Elemente im Beamtenrecht, eine andere Frage sei die persönliche Betroffenheit der Beschäftigten. Da sei es denkbar, „dass neben Ängsten und Verunsicherungen bis hin zur Diskriminierungen Probleme auftreten können, wenn jemand den PEM-Stempel hat“. Der Sprecher gab zu bedenken, dass gerade die Phase, „in der ich von den Beschäftigten etwas Besonderes an Flexibilität, Zugeständnissen, politischem Verständnis erwarte“, nur mit einer verstärkten Einbindung der Interessensvertretung zu bewältigen sei und nicht mit deren „teilweisem Ausschalten“.

Erfahrungen mit der hessischen Form von PEM, der Personalvermittlungsstelle PVS, trug Bertram Freyer vom Hessischen Ministerium der Finanzen vor. Er legte besonderes Gewicht auf das Angebot von zielgerichteter Qualifikation und die Vielzahl von Aus- und Weiterbil-

dungsmöglichkeiten der gemeldeten Personen, von einfachen PC-Lehrgängen bis zur Ausbildung zum Bilanzbuchhalter. „Insgesamt haben wir von den 6.277 der PVS gemeldeten Personen etwa 1.000 qualifiziert oder ausgebildet. Wir denken, damit haben wir ganz massiv die Möglichkeiten der Perspektive genutzt.“

Lob kam vom Sprecher des NRW-Bundes der Steuerzahler, Michael Boeckhaus. Er schätzte PEM als notwendig ein und halte die Kosten für vertretbar, wenn sie niedriger seien als die Einsparungen. Boeckhaus vertrat die Meinung, dass es angesichts der demographischen Entwicklung unvermeidbar sei, den öffentlichen Dienst zahlenmäßig anzupassen. Auch eine Aufgabenkritik sei unumgänglich.

Den Schluss der Expertenanhörung bildete Dr. Andreas Trümper vom Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern. Hier sollen 25 Prozent des Stellenvolumens abgebaut werden. Auf diesen Weg wolle man die Belegschaften mitnehmen, darum habe man eine Zielvereinbarung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften geschlossen und mit den Personalvertretungen ein Übereinkommen erreicht. Es gebe auch eine spezielle Form der Aufgabenkritik. Die Art dieses Abbaus falle in die Entscheidung der jeweiligen Dienststellen. Die Überhangbeschäftigten blieben so lange in ihren alten Dienststellen, bis für sei ein neuer vernünftiger Einsatz gefunden sei. Ziel sei, dass alle sagen: „Stellenabbau ist zwar kein vergnügungssteuerpflichtiges Geschäft, aber wir machen es so, dass es einvernehmlich nicht besser geht.“

JK

Bus und Bahn auf dem Prüfstand

Experten nehmen Novelle des ÖPNV-Gesetzes unter die Lupe

Mit einer Novelle des Gesetzes über den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV, Drs. 14/3976) reagiert die Landesregierung auf eine Kürzung der bisher zweckgebundenen Bundesmittel. Der Lücke von 516 Millionen Euro bis 2010 wollen CDU und FDP mit einem Maßnahmenpaket begegnen. Eckpfeiler sollen die Pauschalierung der Landesförderung von gut einer Milliarde Euro pro Jahr und neue Organisationsstrukturen sein. Außerdem sollen für die neun Zweckverbände drei große Kooperationsräume gebildet werden. Wie Erfolg versprechend diese Ansätze sind, darüber diskutierte der Ausschuss für Bauen und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Rökens, SPD) jetzt mit Experten.

Einhellig begrüßten die Fachleute die Idee der Pauschalierung. Sie verschaffte den Handelnden größere Handlungsspielräume vor Ort. Aber genau da ging der Streit auch schon los: So hätte beispielsweise der Städtetag die Gelder lieber direkt bei den 54 Kreisen und kreisfreien Städten gehabt, während die kreisangehörigen Städte auch ihre Kompetenzen gewahrt sehen wollten.

Einig waren sich die kommunalen Spitzen darin, dass die Weiterleitungspflicht von 80 Prozent der Gelder aus der so genannten Fahrzeugförderung „nicht zielführend“ sei. Hier wünschte man sich mehr Freiräume, gegebenenfalls eine Quote von 50 Prozent. Das sahen vor allem die Vertreter der Verkehrsunternehmen – kommunal wie privat – völlig anders. Spätestens wenn ab 2012 auch das Schülerbeförderungsentgelt von 130 Millionen Euro in der Fahrzeugförderungspauschale aufgehe und die vielleicht nur zu 80 Prozent bei den Unternehmen lande, sehen diese Einrichtungen wie spezielle Schülertickets gefährdet. Bereits jetzt fürchtet man jedoch um so manche Linie, insbesondere im ländlichen Raum, die sich nur Dank der Gelder aus der Schülerbeförderung rechne. Dann werde es wieder mehr Schülertaxis geben, plädierten die Unternehmen an dieser Stelle für eine möglichst hundertprozentige Zweckbindung der so genannten 45a-Mittel. Nicht die einzige Sichtweise: So argumentierte Dr. Felix Berschin von der Verkehrsberatung Südwest vehement für die Abschaffung des Paragraphen 45a. Der gehöre auf den „Müllhaufen der Geschichte“, er bevorzuge die, die Umwege fahren.

Schnell einig waren sich Fachleute und Politiker, dass Grundlage für Förderung künftig nicht nur der gefahrene Kilometer sein soll. Hier müsse es angesichts der Finanzlage darum gehen, Anreize für ökonomisch sinnvolles Verhalten zu schaffen. Wie das im Detail aussehen kann, bleibe abzuwarten.

Ein wenig skeptisch betrachteten die verschiedenen Experten die Idee, 40 Millionen Zugkilometer in NRW zu einem „landesbedeutsamen Schienennetz“ zu erklären. Nicht, dass es ein solches Netz

nicht geben sollte. Was die Vertreter der Praxis umtrieb war vielmehr die Sorge, dass es bei etwaigen Mittelkürzungen zu einer überdurchschnittlichen Belastung der restlichen 60 Millionen Kilometer des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) kommen könne. Zumal die Förderung für das landesbedeutsame Netz absolut und nicht prozentual festgeschrieben werde. „Das kann zu einem Zweiklassen-System führen“, lautete die Befürchtung. Auch fehlten einigen Fachleuten konkrete Kriterien, welche Strecke und welcher Bahnhof „landesbedeutsam“ werden könne.

Überaus differenziert fiel die Einschätzung zur Schaffung drei großer Kooperationsräume als Aufgabenträger des ÖPNV aus. Funda-

mental dagegen positionierten sich nur wenige Experten. So stellte Pro Bahn fest, dass die bereits jetzt viel zu komplizierten Zuständigkeiten durch Schaffung neuer Strukturen und die gleichzeitige Beibehaltung alter Gliederungen „tatsächlich noch viel komplizierter werden“. Die Verkehrsverbände Paderborn/Höxter und Ostwestfalen-Lippe sahen sich für jahrelanges gutes Wirtschaften bestraft: „Hier werden die Finanzprobleme der Großen durch Zusammenschlüsse der Kleinen gelöst.“ Es laufe gut in Westfalen und deshalb müsse man auch nichts ändern. Ein wenig Schützenhilfe bekamen die drei vom Experten aus der Verkehrsberatung: Auch wenn es bundesweit einen Trend zu großen Verbänden gebe, seien gerade in NRW die großen anscheinend nicht besonders effektiv gewesen, urteilte Dr. Berschin und mahnte eine ausführliche Evaluation an.

Ansonsten konnten die geladenen Fachleute der Idee der drei Kooperationsverbände durchaus etwas abgewinnen. Auch wenn das Problem der komplizierten Übergangstarife nicht automatisch überall gelöst werde. Bei der Suche nach dem besten Weg ins neue System trennten sich die Wege dann aber wieder: Während die einen eine konsequente Reform von oben forderten, warnten andere vor einer Weiterentwicklung gegen den Willen der Betroffenen, forderten eine Restrukturierung von unten. Zusammenbringen und abwägen müssen dies nun die Abgeordneten. vok

Verbände, Übergangstarife, landesbedeutsames Schienennetz – für Berufspendler und Fahrschüler sind das kaum mehr als bloße Worte. Der tägliche Nutzer des Nahverkehrs will sauber, pünktlich, komfortabel und sicher an sein Ziel kommen – wie mit diesen neuen S-Bahnen der Baureihe 422, die im kommenden Jahr in NRW eingesetzt werden sollen. Sie verfügen über umweltfreundliche Technik und sind bis zu 140 Stundenkilometer schnell. Foto: Schälte

Natur auf dem Rückzug – wo Flächen versiegelt werden, schwindet der Platz für Pflanzen und Tiere. Darum muss der Verbrauch von freien Flächen durch den Menschen eingeschränkt werden.
Foto: Schälte

Abbau und Entwicklung

Land will Regelungsdichte eindämmen und Hemmschwellen beseitigen

Bürokratie abschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern will der Entwurf der Landesregierung zum Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes sowie sonstiger Vorschriften (Drs. 14/3144). Damit sollen Vorschriften abgebaut werden, die über bundes- und europarechtliche Regelungen hinausgehen, etwa das Klagerecht der Naturschutzverbände. Beseitigt werden sollen auch „Hemmschwellen für den Standort Nordrhein-Westfalen“, wie es im Entwurf heißt. Die Naturschutzverbände haben Protest eingelegt.

Bei einer Anhörung von Sachverständigen im Ausschuss für Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) erläuterten die Naturschutzorganisationen ihre Bedenken. „Der Entwurf schafft nur Verschlechterungen für Natur und Landschaft“, kritisierte Josef Tumbrinck vom Naturschutzbund (NABU). „Was sind Ihre wesentlichen Kritikpunkte an der Novelle“, wollte Johannes Remmel (GRÜNE) wissen. „Die Landesregierung hat als Anlass die Beseitigung von Wettbewerbshindernissen genannt“, antwortete Tumbrinck. Es gebe aber gar keinen Anlass dafür, beispielsweise das Verbandsklagerecht einzuschränken. „Wir haben unser Klagerecht sehr verantwortungsvoll ausgeübt.“ Mit dieser Neuerung werde wieder ein konfrontatives Klima zwischen Umweltschutzverbänden und Verwaltung geschaffen.

„In Nordrhein-Westfalen werden jeden Tag 20 Hektar Fläche versiegelt, weil auch mit den bisherigen Regelungen nicht genug Kontrolle ausgeübt werden konnte“, kritisierte Klaus Brunsmeier vom Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND). Mit dem neuen Gesetzesvorhaben löse man dieses Problem nicht, sondern schlage die falsche Richtung ein, obwohl Wirtschaft und Stadtentwicklungen boomten. Einig waren sich die Naturschützer darin, dass

die Landesregierung auch bei der Ausgleichsregelung den falschen Weg gehe. Bislang musste die Versiegelung einer Fläche durch ein zweieinhalb Mal so großes neues Grün ausgeglichen werden. Künftig soll das Verhältnis nur noch 1:1 betragen.

GRÜNFLÄCHEN ALS CO₂-SPEICHER

„Zur Zeit diskutieren wir über den Klimawandel“, so Svenja Schulze (SPD). „Inwieweit wird der Gesetzentwurf den Anforderungen in diesem Bereich gerecht?“ Das Urteil der Naturschützer war einstimmig: „Wir brauchen die Grünflächen als CO₂-Speicher und damit auch ein Gesetz, das den Verbrauch unattraktiv macht und ihn nicht begünstigt“, antwortete der NABU-Sprecher. Brunsmeier stimmte zu: „Wenn wir so weiter machen, werden wir in NRW in den kommenden Jahren bis zu 30 Prozent aller Arten verlieren.“

Zustimmung und Lob bekam die Landesregierung dagegen von den kommunalen Spitzenverbänden. „Der Entwurf entspricht im Großen und Ganzen unseren Forderungen“, urteilte Axel Welge vom Städtetag. „Es trägt zur Beschleunigung des Verfahrens bei, ohne den Landschaftsschutz zu beeinträchtigen.“ In einigen Punkten gingen ihm die Reformen

allerdings nicht weit genug. „Wir finden, dass noch mehr Biotoparten aus dem Komplex der zu schützenden Biotope herausgenommen werden sollten“, meinte er. Das bedeute für die Kommunen Erleichterungen bei der Städteplanung.

Know-how aus über 25 Jahren Beiratsarbeit auf den unterschiedlichsten Ebenen brachte Professor Dr. Bernhard Surholt mit. „Die Beiräte haben sich zu einer Plattform entwickelt, auf der Probleme ausdiskutiert und Kompromisse gefunden werden“, sagte der Biologe. Deswegen seien sie von zentraler Bedeutung und sollten nicht geschwächt werden. Der Kurs der Landesregierung bei den Beiräten sei ein mutiger Schritt, denn es sei richtig, nicht weitere Bürokratie zu produzieren, lobte dagegen Dr. Martin Klein vom Landkreistag. „Die Verbände werden schließlich bei thematischer Betroffenheit angehört.“ Der Dialog funktioniere vor Ort sehr gut.

„Wie beurteilen Sie die Natur auf Zeit-Klausel?“ wollte Friedhelm Ortgies (CDU) wissen. Diese neue Regelung besagt, dass Biotope, die sich auf ehemaligen Bau- und Verkehrsflächen entwickelt haben, beseitigt werden dürfen, ohne dass dafür Ausgleich geschaffen werden muss. „Das haben wir immer so gefordert, weil es die Stadtentwicklung vereinfacht“, antwortete Stephan Keller vom Städte- und Gemeindebund.

YV

Kyrill: Schäden und Chancen

Der Landeswaldbericht und die Folgen des Jahrhundertsturms

Es war ein wenig wie der Blick zurück in eine bessere Zeit: Enthält der Landeswaldbericht 2007, den Minister Eckhard Uhlenberg (CDU) vor kurzem dem Umweltausschuss (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) vorlegte, doch turnusgemäß die Daten bis Ende des Vorjahres. Da war zwar im Wald auch nicht alles in Ordnung, aber von den verheerenden Schäden durch Kyrill war noch keine Rede. Und doch ist der Zustandsbericht vor dem Sturm wesentliche Grundlage für die notwendigen Maßnahmen nach dem Sturm. Deren aktueller Stand war ebenso Thema für den Ausschuss wie mögliche Chancen für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, die Kyrill in der Folge mit sich bringt.

Dank des hohen Aufforstungsbedarfs nach Kyrill wird der Anteil zukunfts-fähiger und nachhaltiger Baumarten wie Douglasie, Eiche oder Kiefer schneller steigen. Im Gegensatz zum weltweiten Trend – so der Minister in seinem Bericht – nehme in NRW die Waldfläche über die Jahre gesehen zu. Den Holzvorrat bezifferte der Minister auf derzeit 250 Millionen Festmeter – trotz des Sturmschadens von 16 Millionen. Ein Vorrat, der Jahr für Jahr um drei Prozent wachse. Trotzdem bleibe NRW Holzimportland. Zwischen Rhein und Weser liegt der jährliche Holzverbrauch mit 1,2 Festmetern pro Kopf um ein Mehrfaches über der eigenen Produktion.

Wie wichtig der Wald als Wirtschaftsfaktor ist, verdeutlichte Uhlenberg anhand einer Zahl: Insgesamt hängen am System Wald 270.000 Arbeitsplätze. Dabei blicke gerade die Holzindustrie auf schwierige Jahre der Restrukturierung zurück. Auch für die Zukunft erwartet die Landesregierung einen weiteren Arbeitsplatzabbau in dieser Branche. Uhlenbergs Rezept dagegen: Im „Pakt Wald und Holz“ gemeinsam Sorge tragen, „dass sich Waldbesitz wieder rechnet“. Außerdem will der Minister das Augenmerk neben der Klimapolitik verstärkt auf touristische Aspekte und den Erhalt des Waldes als außerschulischen Lernraum richten.

UNSICHERHEITEN

„Wir erwarten, dass Sie gemeinsam mit Wirtschaftsministerin Thoben dann aber auch den notwendigen Ressourcen den Weg ebnen“, so Annette Watermann-Krass (SPD). Sie forderte außerdem eine bessere Information der kommunalen Waldbesitzer. Die seien in Teilen stark verunsichert: „Wie kommt man an die Gelder? Gilt das Sonderprogramm Wege auch für Refinanzierung bereits abgeschlossener Sanierungen?“

„Bei den entsprechenden Gesprächen waren die Kommunen alle beteiligt“, erwiderte

der Minister. Die Gespräche in Brilon waren sehr positiv, urteilte Holger Ellerbrock (FDP), und zeigte sich mit dem Krisenmanagement durchaus zufrieden. Auch wenn man bei den EU-Mitteln nur hoffen und den Herbst abwarten könne, sei doch die Reaktivierung von fast einem Dutzend Bahnhöfen zum Abtransport des Holzes ein großer Fortschritt. Das Sonderprogramm zu Kyrill wird übrigens Teil des Nachtragshaushaltes 2007 und soll bis 2010 abgeschlossen sein.

Generell habe man es im Wald mit sehr langfristigen Entwicklungen zu tun, ergänzte Rainer Deppe (CDU), der neben dem Bericht auch die Strategie des Ministeriums ausdrücklich begrüßte. Er warb außerdem für die Zertifizierung nachhaltiger Waldbewirtschaftung. Wachstumsmarkt könnte künftig der Holzhausbau sein. Die Verbrennung des wertvollen Rohstoffes dürfe hingegen erst am Ende der Nutzungskette stehen.

Angeichts immer noch alarmierender Waldschadensmeldungen mahnte Johannes Remmel (GRÜNE) einen detaillierten Bericht zu den verschiedenen Schadstoffzusammensetzungen an: „Was ist denn nun beispielsweise mit Ammoniak?“ Damit schlug er auch den Bogen zur so genannten „Düsseldorfer Erklärung“, in der sich die Umweltminister von Bund und Ländern Ende März hinter das EU-Ziel stellten, die Treibhausgase in Europa bis 2020 um 20 Prozent zu senken. Für Deutschland bedeutet das immerhin Einsparnotwendigkeiten von 30 Prozent. „Wie soll das konkret erreicht werden?“ *vok*

Jede Menge Holz gilt es nach dem Orkan vom Januar dieses Jahres aus den geschädigten Wäldern abzufahren. Dazu werden überall die zurechtgesägten Stämme an den Wegen aufgeschichtet, wo sie auf den Abtransport warten.

Foto: Schälte

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 11. Juni 2007 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) hat Vorwürfe der Opposition zurückgewiesen, er habe den Privatdetektiv und Ex-Geheimagenten Werner Mauss in einer Steuerangelegenheit bevorzugt behandelt. Zwar hatte der Minister im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD) eingeräumt, dass ihn CDU-Bundestagsfraktions-Vize Wolfgang Bosbach telefonisch auf den Steuerfall Mauss angesprochen habe. Linssen habe Bosbach daraufhin jedoch an den zuständigen Abteilungsleiter in seinem Ministerium weiterverwiesen und damit „den regulären Dienstweg“ eingehalten. Abgeordnete beider Oppositionsfraktionen hielten jedoch an ihrer Einschätzung fest, Mauss habe eine Sonderbehandlung erhalten. Es sei der Eindruck entstanden, dass derjenige, der gute Kontakte zur Landesregierung hat, in Steuerangelegenheiten besser wegkomme als der „Normalbürger“. Privat-Agent Mauss hatte Bosbach um Hilfe gebeten, um eine bei ihm angeordnete Betriebsprüfung der Steuerbehörden abzuwenden. Mauss hatte offenbar die Befürchtung, dass durch die Prüfung sensibles Material an die Öffentlichkeit gelangen könnte.

+++

Die Familienfreundlichkeit in der Landesverwaltung ausbauen – diese Forderung des Koalitionsantrags (Drs. 14/3841) wird Zug um Zug auch beim Landtag realisiert. In der Sitzung des **Ausschusses für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) teilte Landtagspräsidentin Regina van Dinther mit, die Landtagsverwaltung intensiviere die Bemühungen um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit oder nach längerer Beurlaubung. So werde in dieser Zeit Kontakt gehalten und vor der Rückkehr gebe es Beratungsangebote. Wenn möglich erhielten die Interessierten auch Gelegenheit zur Übernahme kurzzeitiger Vertretungen, um Kompetenzen zu erhalten und die Verbindung mit der Landtags-

verwaltung nicht abreißen zu lassen. Daneben existierten Möglichkeiten zur Fortbildung und zur Teilzeitbeschäftigung während der Elternzeit. Außerdem sei die Einrichtung eines Eltern-Kind-Büros in Vorbereitung.

Die Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit des Verkehrs kann durch eine Ausweitung des Lkw-Überholverbots auf weitere Bereiche des Autobahnnetzes erhöht werden. Dies ergab eine von Bau- und Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) in Auftrag gegebene Studie. Wie der Minister in der jüngsten

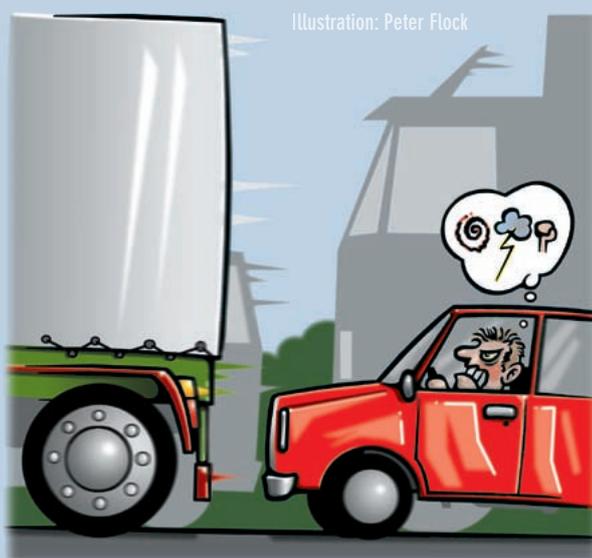


Illustration: Peter Flock

Sitzung des **Ausschusses für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) berichtete, macht eine Ausweitung von Lkw-Überholverböten auf geeigneten Streckenabschnitten Sinn: „Die durchschnittliche Geschwindigkeit der Pkw steigt an und damit lassen sich Reisezeitgewinne nachweisen, während die Geschwindigkeit der Lkw nur geringfügig abnimmt.“ Aufgrund dieser Ergebnisse stimmte die Verkehrsministerkonferenz im April einstimmig für den von NRW eingebrachten Beschlussvorschlag, der den Weg frei macht für weitere Lkw-Fahrverbote auf zweistreifigen BAB-Richtungsfahrbahnen. Der Ausschuss wird nach der Sommerpause Listen vorgelegt bekommen und diskutieren, welche Autobahnabschnitte in NRW für weitere Lkw-Überholverbote in Frage kommen.

+++

Nordrhein-Westfalen ist es leid, dass seine Bemühungen zur CO₂-Reduzierung nicht anerkannt werden. Im **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier,

CDU) sagte Europaminister Michael Breuer (CDU), er sei „verärgert“ über die Stellungnahme von EU-Umweltkommissar Stavros Dimas, der Deutschland vor dem Bau von Kohlekraftwerken gewarnt hatte. Minister Breuer wies auf das ehrgeizige Projekt hin, das derzeit in NRW zur Modernisierung des Kraftwerkparcs laufe. Mithilfe modernster Technologie würde der Wirkungsgrad erhöht, der Einsatz der Kohle reduziert und damit die Emission des schädlichen Treibhausgases reduziert. Das Thema „Kritik der EU-Kommission am Neubau von Braunkohlekraftwerken“ war von den Grünen für eine Aktuelle Viertelstunde angemeldet worden. Während die anderen Fraktionen monierten, das Thema gehöre weniger in den Hauptausschuss als in den zuständigen Fachausschuss, forderte Grünen-Chefin Sylvia Löhrmann eine „grundsätzliche Umkehr“ in der Energiepolitik und sprach im Ausschuss von einer „Großen Koalition der Klimakiller“. Die anderen drei Fraktionen wiesen das als „unsachlich und polemisch“ zurück.

+++

Bis zum Redaktionsschluss standen folgende Termine für öffentliche Anhörungen fest: Am 4. Juni diskutiert der **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) mit Sachverständigen über den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Änderung und Ergänzung wasserverbandsrechtlicher Vorschriften (Drs. 14/3846). Die Sitzung beginnt um 11 Uhr im CDU-Fraktionssaal. Am 6. Juni finden dann gleich zwei weitere Anhörungen statt: Der **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) beschäftigt sich ab 12.30 Uhr mit der Änderung des Kommunalwahlgesetzes. Diskussionsgrundlage ist sowohl ein Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 14/3977) sowie ein Entwurf der Grünen (Drs. 14/4232). Sitzungsort ist der CDU-Fraktionssaal. „Gerechtere und flexiblere Lehrerarbeitszeiten schaffen“ lautet der Titel eines Antrags der Koalitionsfraktionen (Drs. 14/4013), mit dem sich der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) ab 14 Uhr beschäftigen wird. Wegen der Vielzahl der zu erwartenden Experten findet die Anhörung im Plenarsaal statt.

Kultur als Lebensmittel

Mehr Angebote für eine älter werdende Gesellschaft

Wie muss sich das kulturelle Angebot wandeln, um den Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur gerecht zu werden? Welche Bedürfnisse und Ansprüche haben „junge Alte“ und höher betagte Menschen? Diese und andere Fragen stellten die Abgeordneten des Kulturausschusses (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) den Experten in einer Anhörung zum Thema „Kultur und Alter“.

Die SPD-Fraktion verlangt von der Landesregierung in ihrem Antrag (Drs. 14/3036) mit dem Titel „Kultur und Alter – Kulturangebote im demographischen Wandel“ unter anderem, Möglichkeiten der altersspezifischen Optimierung von Angeboten in kulturellen Einrichtungen aufzuzeigen und insbesondere die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund einzubeziehen. Die Koalitionsfraktionen ihrerseits regen in ihrem Entschließungsantrag „Kulturelle Bildung in Alter zielgerichtet fördern“ (Drs. 14/3124) an, das Alter nicht länger als „Defizit“ in der Öffentlichkeit wahrzunehmen, sondern „als eigenverantwortliche und schöpferische Lebensphase anzusehen“. Ältere Menschen sollten Kultur nicht nur konsumieren, sondern man solle ihre Bereitschaft zur Gestaltung des eigenen Lebens nutzen.

An den Berichten der Sachverständigen aus der NRW-Kulturarbeit fiel auf, wie viele Angebote und Initiativen es immerhin schon gibt. So wagt das Schlosstheater in Moers vor zwei Jahren den Schritt, ein Theaterstück gemeinsam mit dementen Schauspielerinnen und Schauspielern auf die Beine zu stellen. Das Stück „Ich muss gucken, ob ich da bin“ aus der Kampagne „Erinnern-Vergessen: Kunststücke Demenz“ wurde unter anderem mit dem Kulturpreis „NRW Ticket“ für Innovationen aus Theater, Musik, Tanz und Kleinkunst ausgezeichnet.

„Wir wollten Demenz mit künstlerischen Mitteln einmal anders erlebbar machen“, erläuterte Intendant Ulrich Greb. „Deswegen haben wir nicht auf die Defizite geschaut, sondern uns gefragt: Was ist da?“ Dabei hätten die „normalen“ Schauspieler von ihren Kollegen eine Menge lernen können. „Demenzranke leben immer ganz im Augenblick“, so die Erfahrung von Greb. Natürlich sei man mit der Produktion ein hohes Risiko eingegangen, da man nie gewusst habe, wie sich der Abend entwickeln würde. Gelohnt habe es sich aber in jedem einzelnen Fall. „Wir haben sehr schöne und vitale Auftritte erlebt.“ Auch für die erkrankten Teilnehmer sei es ein wichtiger Schritt gewesen. Theater stelle sich als ein wirksames therapeutisches Instrument dar, da es alle Sinne fordere und fördere. Der Intendant wünschte sich von der Politik Unterstützung, damit es in den kommenden Jahren vielleicht zu einer Neuauflage der mittlerweile abgeschlossenen Kampagne kommt.

Dr. Christian Esch vom Kultursekretariat in Wuppertal traute der Kunst ebenfalls eine Menge zu. „Die Alten sind keine homogene Bevölkerungsgruppe“, sagte er. „Es gibt aktive Alte, aber auch viele mit körperlichen und geistigen Defiziten.“ Die Kultur sei geeignet, darauf differenziert zu reagieren und ein neues Image des Alters zu entwickeln.

„Die Kultur hat das Potenzial, sich ganz neue Zielgruppen zu erschließen“, meinte Bri-

gitte Goebels von der Landesseniorenvertretung. „Kultur ist nicht nur Theater und Oper, sondern sie ist ein Lebensmittel.“ Damit meinte sie, dass auch der Bereich der Alltagskultur in Zeiten des demographischen Wandels Thema der künstlerischen Bearbeitung sein könnte. Allerdings: „Unabhängig vom Alter der Zielgruppe benötigt Kunst den politischen Willen dazu.“ Das Engagement lohne sich, denn bereits mit geringen finanziellen Mitteln könne eine Menge bewirkt werden.

„Es ist wichtig, dass wir die Schrumpfungsprozesse in unserer Gesellschaft als Chance sehen und die Veränderung aktiv mitgestalten“, regte Norbert Sievers von der Kulturpolitischen Gesellschaft an. „Momentan ist die Kulturlandschaft geprägt von Jugendlichkeit“, stellte er fest. Ältere hätten andere Themen und Neigungen, auf die die gesamte Infrastruktur sich einstellen müsse.

„ENTFALTEN STATT LIFTEN“

So lautete das Motto einer Kreativwoche im Bergischen Land. „Die Idee war, sich nicht am Bestehendem krampfhaft festzuhalten, sondern sich auf die Chance eines neuen Lebensabschnitts einzulassen“, erklärte Gerda Sieben vom Institut für Bildung und Kultur. Mit diesem Ansatz habe man zu mehr Partizipation beigetragen.

Die Vernetzung aller Akteure aus dem Bereich schlug Johanne Fuchs von der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik vor. „Kultur findet in den Kommunen statt“, sagte sie und bot der Landespolitik die Zusammenarbeit an. Außerdem hatte sie einige praktische Vorschläge, wie das Kulturangebot in der Landeshauptstadt auf den demographischen Wandel eingehen könne. Das könne ganz konkret sein, meinte sie, und nannte ein Beispiel: „Die schweren Türen im Düsseldorfer Museum K21 sind ein Alptraum.“ YV

Keine Änderungen ...

... beim Bürgerfunk der Lokalradios verlangen 16.000 Menschen mit ihrer Unterschrift. Die Listen mit den Unterzeichnern hat der Landesverband Bürgerfunk jetzt an Vizepräsident Edgar Moron (M.) übergeben. Mit dem Protest wenden sich die Initiatoren ausdrücklich gegen die Pläne der Landesregierung in der Mediengesetznovelle, den Bürgerfunk in die späteren Abendstunden zu verlegen. Foto: Schälte



CDU

CDU: Zahl der Organspenden erhöhen

Organtransplantationen sind oft die einzige Chance, um das Leben von Patienten retten zu können. Aus Mangel an einem verfügbaren Organ sterben jedoch Jahr für Jahr rund 1.000 Menschen, die auf den Wartelisten stehen. Ihr Leben hätte durch eine Organtransplantation vermutlich gerettet werden können – für sie stand aber nicht rechtzeitig ein Organ zur Verfügung“, erklärte Norbert Post, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-



Landtagsfraktion (Foto). Vergleiche zeigen, dass es in Deutschland bezogen auf die Zahl der Einwohner weniger Organspenden gibt als in anderen Ländern. Post: „In NRW ist diese Entwicklung besonders dramatisch.“

Aus diesem Grund sei ein verstärkter Einsatz aller Beteiligten notwendig, um die Zahl der Organspenden zu steigern und somit die Situation der Menschen, die dringend auf ein Spenderorgan warten, zu verbessern. „Daher will die CDU in

allen NRW-Krankenhäusern einen Ansprechpartner für Ärzte, Patienten und Angehörige einführen. Dieser soll bei allen Fragen, Abläufen und Entscheidungen im Zusammenhang mit einer Organspende mit Rat und Tat zur Seite stehen“, sagte der CDU-Gesundheitsexperte. Weiterhin sei es wichtig, die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen, Organe zu spenden. Post: „Mit einem Organspendeausweis in der Tasche könnten die Angehörigen in einer schwierigen Situation entlastet werden und Leben retten.“ ■

SPD

SPD: Wer arbeitet, muss von seinem Lohn auch leben können

Das Land NRW hat Anfang Mai die Löhne im Hotel- und Gaststättengewerbe für allgemeinverbindlich erklärt. Damit erhalten alle Beschäftigten der Branche einen Mindestlohn, den auch die Unternehmen zahlen müssen, die nicht tarifgebunden sind. Dieser Schritt ist richtig und er ist gut für die 180.000 Beschäftigten der Branche. Nun muss der zweite Schritt folgen: Wir brauchen für die bundesweit 4,4 Millionen Beschäftigten, deren Löhne nach 2009 Opfer von Lohndumping werden könnten,

eine feste Untergrenze. Allerdings verhindert die CDU eine vernünftige und arbeitnehmerfreundliche Lösung und sperrt sich gegen die Einführung eines Mindestlohnes, obwohl in zwei Jahren die Regelungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie greifen. Dadurch können Unternehmen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten ihre Leistungen nicht nur im Hotel- und Gaststättengewerbe, sondern auch in der fleischverarbeitenden Industrie, im Gartenbau, in Land- und Forstwirtschaft, im Frisörhandwerk, im Einzelhandel, in der Ent-

sorgungswirtschaft, im Bewachungsgewerbe, bei Leiharbeit und Postdiensten in Deutschland anbieten. Wenn wir diese Branchen nicht in das Entsendegesetz aufnehmen, werden die Löhne bei uns mächtig unter Druck geraten. Portugiesische und ungarische Unternehmen werden mit Löhnen ihrer Heimatländer tariffreie Unternehmen und somit auch die Beschäftigten aus NRW vom Markt verdrängen. Tarifpartner und Politik müssen jetzt Leitplanken einziehen. Wer arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. ■

GRÜNE

GRÜNE: Kinder brauchen mehr

Der Sozialbericht NRW hat erneut deutlich gemacht: Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die von Armut betroffen sind, steigt. Mittlerweile trifft es in NRW fast jedes vierte Kind. Dies hat erhebliche Folgen für ihre Chancen, gesund aufzuwachsen, frühzeitig gefördert zu werden, auf ihre Bildungschancen, ihre späteren Berufschancen und ihre gesellschaftliche Teilhabe. Umso wichtiger ist es, dass eine bedarfsgerechte soziale Grundsicherung greift.

Doch die Regelungen von Hartz IV sind nicht an der Lebenslage und am Förderbedarf von

Kindern und Jugendlichen orientiert. Denn für die Festlegung des Regelsatzes von Hartz IV wurde das Ausgabenverhalten eines Alleinstehenden der unteren 20 Prozent der Einkommenschichten in NRW herangezogen, Kinder erhalten davon 60, Jugendliche 80 Prozent. Extraleistungen etwa für den Sportverein oder die Musikschule sind nicht vorgesehen, Geld für Schulbücher ebenso wenig. Für Essen und Getränke hat ein Kind täglich 2,55 Euro zur Verfügung. Das reicht gerade mal für das Nötigste, für eine individuelle Förderung haben die Familien keine Mittel.

Auch Geldgeschenke wie zur Kommunion müssen angegeben werden, wenn sie 50 Euro im Jahr überschreiten. Die Grünen in NRW wollen dies nicht länger hinnehmen und verlangen eine grundlegende Überarbeitung der Grundsicherung. Sie muss bedarfsgerecht und armutsfest werden, für Kinder und Jugendliche heißt das, dass ihr besonderer Förderbedarf abgedeckt werden muss. Dazu sollen Sachleistungen ermöglicht werden, so dass Beiträge für Sport oder Musikschule ebenso übernommen werden und auch Schulbücher, Unterrichtsmaterial oder das Schulessen öffentlich finanziert werden. ■

FDP

FDP: Weiter konsolidieren für schuldenfreien Haushalt

Angesichts steigender Steuereinnahmen hat die FDP-Fraktion einen Landeshaushalt ohne neue Schulden noch für die laufende Legislaturperiode gefordert. Die zu erwartende Entwicklung bei den Steuereinnahmen stelle sich so positiv dar, dass es noch in dieser Legislaturperiode des Landtags machbar sei, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, betonte Gerhard Papke, FDP-Fraktionschef. „Die Koalition aus CDU und FDP hat die historische Chance für NRW erstmals seit

1973 wieder einen Haushalt zu verabschieden, mit dem keine neuen Schulden gemacht werden.“ Trotz sprudelnder Steuereinnahmen sei der Ausgleich des Haushalts aber kein Selbstläufer. „Voraussetzung ist, dass die Koalition den strikten Konsolidierungskurs fortsetzt, den sie seit Übernahme der Regierungsverantwortung gefahren hat.“ Die Konsolidierungserfolge der schwarz-



gelben Koalition dürften auf keinen Fall gefährdet werden. „Jetzt ist nicht die Zeit Spenderhosen überzuziehen, sondern die Zeit, dem Gebot der Generationengerechtigkeit Geltung zu verschaffen. Das heißt: keine neuen Schulden mehr. Dann kann die nächste Phase unserer Konsolidierungspolitik anschließen. Dann geht es darum, die Schulden zurückzuzahlen.“ ■

Porträt: Britta Altenkamp (SPD)



Im Handbuch des Landtags steht sie an erster Stelle, in ihrer politischen Karriere hat sie den Sprung nach vorn ebenfalls geschafft: Britta Altenkamp, Abgeordnete aus Essen, ist mit 42 Jahren das jüngste Mitglied der „Girgroup“ aus dem westlichen Ruhrgebiet und Lippe, die mit Hannelore Kraft (Mülheim), Gisela Walsken (Duisburg) und Ute Schäfer (Lage) derzeit deutlich den Ton in der SPD-Fraktion angibt. „Als Ruhrgebietsfrauen gehen wir schon sehr direkt und ohne Scheu in die Auseinandersetzungen“, räumt Altenkamp ein. Doch zeige sich auch allmählich, „dass man aus dieser Aufstellung gegenüber der stark männerorientierten CDU etwas machen kann“, kommentiert die Sozial- und Finanzpolitikerin jene Konstellation, die zwei Jahre nach dem Machtverlust ihrer Partei allmählich Konturen gewinnt. Auch aus darüber hinaus gehenden Gedankenspielen macht die stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende keinen Hehl: „Ich rede da gar nicht drum herum: Das wichtigste politische Ziel für mich ist es, wieder in Regierungsverantwortung zu kommen.“ Was dann mit ihr persönlich passiere, sei nachrangig und werde sich nahezu zwangsläufig ergeben.

Langen Atem zu haben, das hat Britta Altenkamp schon als Jugendliche bewiesen, als sie zwar über Jahre mit der Sozialdemokratie sympathisierte, den Atom- und Nachrüstungskurs Helmut Schmidts Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre aber kompromisslos ablehnte. „Die Gewissheit, dass es so viele Atombomben auf der Welt gab, um sie 40 Mal und mehr zu zerstören, hat mir unglaubliche Zukunftsängste bereitet“, erinnert sich Britta Altenkamp nur allzu gut an das seinerzeit nicht nur unter

Jugendlichen sehr weit verbreitete Gefühl. Es war gleichzeitig die Geburtsstunde der Grünen, denen sich Altenkamp allerdings trotz ihrer Nähe in diesen Fragen zu keiner Zeit verbunden fühlte: „Da waren zu viele meiner Lehrer. Und wie die uns pädagogisieren wollten, das fand ich unerträglich“, lautet ihre einleuchtende wie banale Begründung.

Nach dem Sturz Helmut Schmidts und der Abkehr der SPD von Atomkraft und Nachrüstung war der Weg frei für einen Parteieintritt, den Britta Altenkamp kurz nach dem Abitur 1984 vollzog. Bereits zwei Jahre später stand sie – inzwischen Studentin der Germanistik, Geschichte und Soziologie – als erste Frau überhaupt den Jusos in Essen vor, wurde in den Unterbezirksvorstand gewählt, wurde Mitglied der Bezirksvertretung und des Rates.

Und erlebte in anderthalb Jahrzehnten die Blüte und den hausgemachten, beispiellosen Niedergang ihrer Partei in der einstigen roten Ruhrgebietshochburg mit.

Der Höhepunkt dieser Entwicklung, das sensationelle Scheitern ihres politischen „Ziehvaters“ Detlev Samland als SPD-Oberbürgermeisterkandidat von Essen 1999, bedeutete gleichzeitig die Hinwendung Altenkamps zur Landespolitik. 1999/2000 setzte sich die damals 35-Jährige im Wahlkampf gegen Freund und Feind durch und zog im Mai 2000 erstmals als Direktkandidatin ins Landesparlament ein.

KLARE SPRACHE

Bewegte sich Altenkamp, die in ihrer knappen privaten Zeit gern – und am liebsten zusammen mit ihrem Mann – kocht, in der ersten Legislaturperiode zunächst weiter auf ihren klassischen Feldern Kinder-, Jugend-, Sozial- und Migrationspolitik, so wollte sie sich 2005 auf jeden Fall mit der Haushalts- und Finanzpolitik einen bis dato unbekanntem Bereich erobern. „Ein absoluter Glücksfall“, wie sie heute bekennt.

Denn der Grund für ihren Wunsch hatte einen sehr konkreten Aufhänger: „Ich habe während der Diskussion um die Offene Ganztagschule miterlebt, wie dringend notwendig es ist, den Blick darauf zu erhalten, was eigentlich finanziell machbar ist.“ Eine noch viel zu selten gewonnene Erkenntnis, die Britta Altenkamp auch schon als Oppositionspolitikerin verinnerlicht hat: „Man muss von vorneherein den Gleichschritt zwischen politischer Willensbekundung und ihrer Finanzierbarkeit anstreben. Sonst wirft man mit dem Hintern wieder um, was man vorne vorsichtig aufgebaut hat.“ Klare Botschaft, klare Sprache. Mehr kann man von Politik nicht verlangen. **Autor: Michael Fritsch**

Zum Auftakt ein Sieg

Spät startete der FC Landtag NRW in die Saison 2007, doch er startete überzeugend. Mit 5:0 wurde die Auswahl der Stadt Hamm geschlagen. Der FCL dominierte das Match von Beginn an, niemals konnten die Hammer ihren Heimvorteil nutzen. Der FCL hatte eine starke Mannschaft um Lokalmatador Oskar Burkert gruppiert. Er selbst stellte schon frühzeitig die Weichen auf Sieg, indem er einen Foulelfert eiskalt zum 2:0 unter das Gestänge platzierte.

Von Präsident Günter Langen und Schatzmeister Bernhard Tenhumberg, der seinen Sohn für sich stürmen ließ, von der Außenlinie aus glänzend dirigiert, steckte das Team die lange Anfahrt nach Hamm wie nichts weg, stand in der Defensive mit Thorsten Schick, Werner Lohn, Walter Kern und Debütant Joost Reinke absolut sicher und sorgte mit Hubert Kleff und dem schon erwähnten Oskar Burkert in der Offensive für permanente Unruhe im gegnerischen Strafraum. Im Mittelfeld zogen Norbert Stiens und Jürgen Cosse die Fäden.

Die Laufwege und Spielzüge des FCL, die zu seinen Toren führten, waren dabei für Freund und Feind so verwirrend, dass sie dem Chronisten entfallen sind. Die Torschützen jedoch werden für die Annalen festgehalten: In der zweiten Halbzeit trafen Stojan zweimal und Spielertrainer Wolfgang Euteneuer einmal zum Endergebnis ins Hammer Netz. Während des gemütlichen Beisammenseins nach dem Spiel tröstete FCL-Präsident Langen die Hammer mit den Worten: „Dieses Mal haben wir gewonnen, das nächste Mal verliert ihr eben.“

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeiterin: Doro Dietsch
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 23. Mai bis 13. Juni 2007

23.5. Elke Rühl (CDU)	59
24.5. Oskar Burkert (CDU)	56
24.5. Theo Kruse (CDU)	59
24.5. Lutz Lienenkämper (CDU)	38
25.5. Johannes Rimmel (GRÜNE)	45
26.5. Andreas Becker (SPD)	41
27.5. Maria Westerhorstmann (CDU)	55
28.5. Rainer Bischoff (SPD)	49
1.6. Hans-Willi Körfges (SPD)	53
2.6. Petra Schneppe (SPD)	57
3.6. Thomas Stotko (SPD)	41
4.6. Christof Rasche (FDP)	45
5.6. Rudolf Henke (CDU)	53
8.6. Rita Klöpffer (CDU)	63
11.6. Hubertus Fehring (CDU)	57
11.6. Jürgen Hollstein (CDU)	45
12.6. Hans-Dieter Klausner (CDU)	57
12.6. Hannelore Krauf (SPD)	46
12.6. Thomas Kutschaty (SPD)	39
13.6. André Stinka (SPD)	42

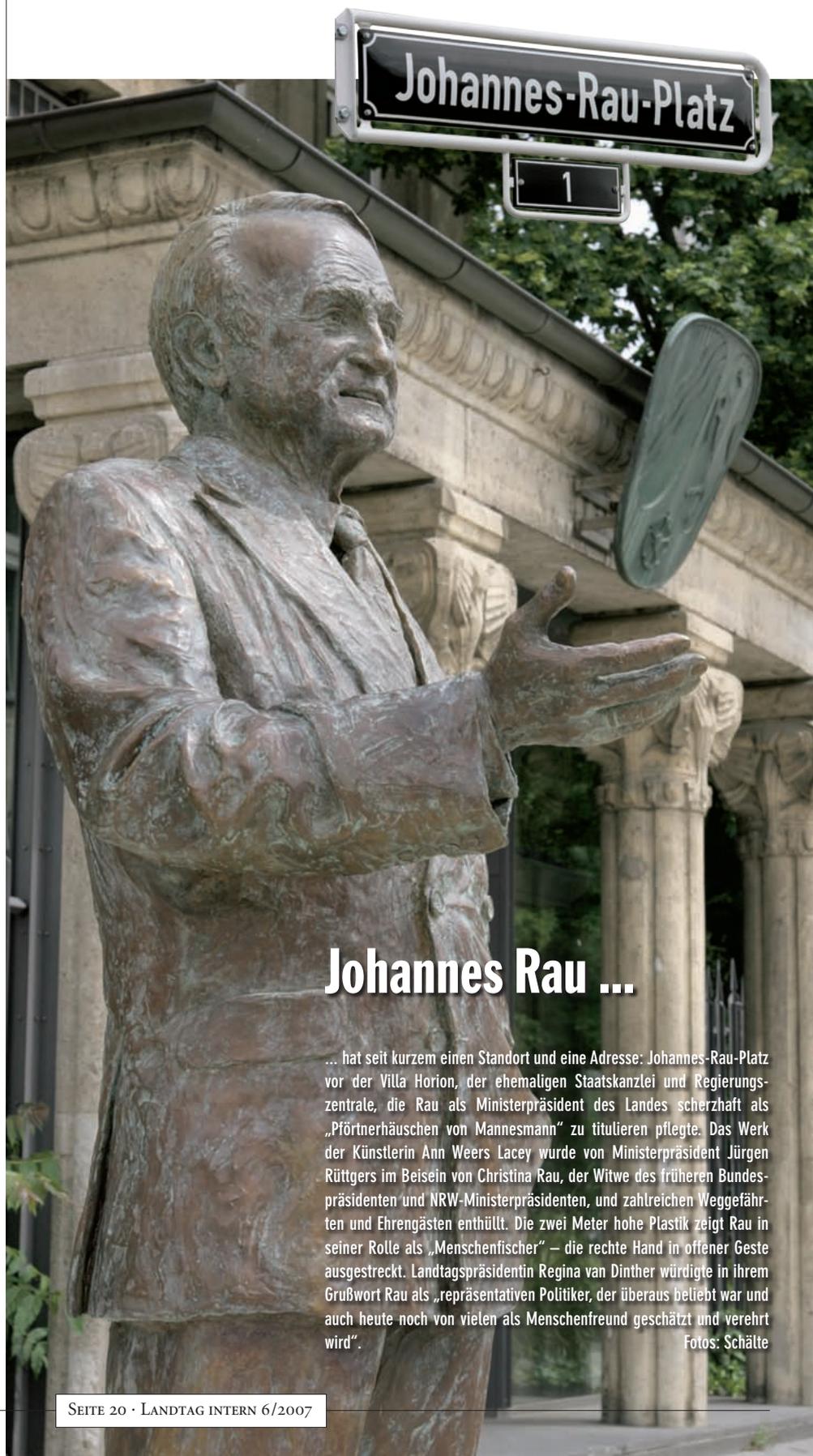
Jürgen Rüttgers (CDU), Ministerpräsident, ist auf dem Parteitag der nordrhein-westfälischen CDU in Siegburg Anfang des Monats mit 88,1 Prozent der Delegiertenstimmen in seinem Amt als Vorsitzender der NRW-CDU bestätigt worden. Zum Generalsekretär wurde der CDU-Landtagsabgeordnete **Hendrik Wüst** bestätigt. Stellvertretende Vorsitzende aus der Landespolitik sind die Minister **Eckhard Uhlenberg**, **Oliver Wittke** und **Christa Thoben**. Als Schatzmeister wurde **Lothar Hegemann** wiedergewählt.

Bernhard Recker, CDU-Landtagsabgeordneter aus Ahlen, ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik ausgezeichnet worden. Recker gehört dem Landtag seit 1995 an und ist seit 1997 schulpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Bei der Verleihung im Detmolder Schloss wurde das außergewöhnliche Engagement des Lehrers Recker gewürdigt, das sich nicht auf die Schulstunden beschränkt, sondern auch Hilfe und Betreuung außerhalb der Schule umfasst. Neben mehreren Ehrenämtern wurde auch sein Einsatz für den Jugendsport hervorgehoben.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 24. Mai 2007 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Johannes Rau ...

... hat seit kurzem einen Standort und eine Adresse: Johannes-Rau-Platz vor der Villa Horion, der ehemaligen Staatskanzlei und Regierungszentrale, die Rau als Ministerpräsident des Landes scherzhaft als „Pförtnerhäuschen von Mannesmann“ zu titulieren pflegte. Das Werk der Künstlerin Ann Weers Lacey wurde von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers im Beisein von Christina Rau, der Witwe des früheren Bundespräsidenten und NRW-Ministerpräsidenten, und zahlreichen Weggefährten und Ehrengästen enthüllt. Die zwei Meter hohe Plastik zeigt Rau in seiner Rolle als „Menschenfischer“ – die rechte Hand in offener Geste ausgestreckt. Landtagspräsidentin Regina van Dinker wurde in ihrem Grußwort Rau als „repräsentativen Politiker, der überaus beliebt war und auch heute noch von vielen als Menschenfreund geschätzt und verehrt wird“.

Fotos: Schälte